

26. JAHRGANG / ANNEE / VOLUME

3/1969

früher / antérieurement / formerly:
NATION UND STAAT

EUROPA ETHNICA

Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen
Mit offiziellen Mitteilungen der
„Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“

Revue trimestrielle des Questions ethniques
Contenant aussi des Communiqués officiels de
«l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes»

A Quarterly Review for Problems of Nationality
Containing Official News of the
“Federal Union of European Nationalities”



Herausgeber / Editeurs / Editors:

Guy Héraud, Strasbourg, France

Johann Wilhelm Mannhardt †, 3550 - Marburg/Lahn und 78 - Freiburg/Br., BRD

Povl Skadegård, Rolighed, Rungsted Kyst, Danmark

Theodor Veiter, 6800 - Feldkirch und Wien, Österreich

Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers

WILHELM BRAUMÜLLER

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.

1092-WIEN

INHALT/SOMMAIRE/CONTENTS

Seite

Motto (Johann Gottfried Herder) 97

Mannhardt, Johann Wilhelm †: Die innerfranzösischen Probleme Elsaß und Ostlothringen in europäischer Sicht 98

Lengereau, Marc: Parallèle entre la Vallée d'Aoste et le Tyrol du Sud 109

Jubiläen 114
Weißbischof Dr. Adolf Kindermann 70 Jahre.

Vom Leben der Volksgruppen 115
Belgien: Belgiens Deutsche und die Verfassungsreform. — La querelle linguistique et l'armée. — Incidents et progrès. — Frankreich: Zigeuner vor dem Europarat. — Défense et promotion des langues de France. — Hat unser Dialekttheater noch eine Zukunft? — Aus dem René-Schickel-Kreis. — Neue Form des „L'Ami du peuple“. — Eine interessante Gegenüberstellung. — Eine seltsame Flugschrift im Elsaß. — Großbritannien: Parlamente für Wales vorgeschlagen. — Riots in Northern Ireland Continue. — Italien: Tagung bei den Slowenen in Friaul. — Streik der Görzer und Triester Professoren. — Neue Partei „Slovenska levica“. — Papst empfängt Zigeuner. — Ein Blatt für „L'Etzan-Ginza“. — Zeitschrift „Augusta“. — Sobota. — Kärntner Slowenen in Slowenien. — Kulturrat der Provinz Vojvodina. — Die Stellung der Zigeuner. — Mitteldeutschland: „Neue Heimat“. — Die Lage der Sorben. — Österreich: Drei tschechische Bezirke in Wien. — Von den Kroaten im Burgenland. — Polen: Noch 30.000 evangelische Deutsche. — Nationalitäten in Polen. — Rumänien: Nationalitäten im Parlament. — Deutsche Kulturarbeit im Banat. — Schweiz: Für Graubünden italienische Täler. — Französischsprachige Schule im Bern. — 50 Jahre „Chasa Guten Dienste“. — Tagung der A. I. D. L. C. M. in Domat/Ems. — Sowjetunion: Kriminellen vor Gericht. — Nationalitätenprobleme in der UdSSR. — Spanien: Weitere Unruhe in Baskenland. — Priester von Barcelona an Papst und UNO. — Tschechoslowakei: Zigeunerverband gegründet. — Slowaken in den tschechischen Ländern. — Kulturverband der Deutschen. — Ungarn: Verhandlungen bisher ergebnislos. — Zypern: Verhandlungen bisher ergebnislos.

Materialien 132
Satzungen des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität der CSSR. — Bescheid des Innenministeriums der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Literaturberichte 135

Jahresbezugspreis: 6S 180.—, DM 28.—, sfr. 31.—, US\$ 7.20

Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers:
WILHELM BRAUMÜLLER Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.,
A-1092 Wien, Servitengasse 5

Anschriften der Herausgeber / Adresses des Éditeurs / Addresses of the Editors:
Guy Héraud, Professeur à la Faculté de Droit, 11, rue de la Brigade A. L., Strasbourg
Johann Wilhelm Mannhardt †, o. Univ.-Professor, Deutsche Bursche, Rotenberg 21,
8550-Marburg a. d. L./Habsburgerstr. 27/IV, D-78 Freiburg/Bz.
Povl Skadegård, Ministerialrat, Generalsekretär der FUEV, Rolighed, Rungsted Kyst, Danmark
Hon. Prof. Dr. Theodor Veiter, A-8600 Feldkirch, Schloßgraben 16, Vorarlberg
Verantwortlicher Redakteur / Rédacteur responsable / Managing Editor:
Karl Zronek, A-1190 Wien, Kräpfenwaldgasse 84

Druck: Friedrich Jasper, Wien III

„Nationalwahn ist ein furchtbarer Name. Was in einer Nation einmal Wurzel gefaßt hat, was ein Volk anerkennt und hochhält, wie sollte das nicht Wahrheit sein? Sprache, Gesetze, Erziehung, tägliche Lebensweise, alle befestigen es, alle weisen darauf hin, wer nicht miterwähnt, ist ein Idiot, ein Ketzer, ein Fremdling.“

Gerecht überdem, wie es gewöhnlich ist, der Wahn zur Bequemlichkeit einiger aller Stände, haben ihn die Dichter besungen, die Philosophen demagogisch, ist er vom Munde des Gerichts als Ruhm der Nation ausposaunt worden, wer wird ihm widersprechen wollen, wer nicht lieber aus Höflichkeit mitwähnen? Selbst durch lose Zweifel des Gegengewahnes wird ein angenommener Wahn nur bestätigt. Die Charaktere verschiedener Völker, Sekten, Stände und Menschen stoßen gegen einander, eben desto mehr setzt jeder sich auf seinem Mittelpunkt fest. Der Wahn wird ein Nationalschild, ein Standeswappen, eine Gewerksfahne.

Schrecklich ist's, wie fest der Wahn an Worten haftet, sobald er ihnen einmal mit Macht eingepreßt worden ist. Ein gelehrter Jurist hat bemerkt, was an dem Wort Blut, Blutschande, Blutsfreunde, Blutgericht für eine Reihe schädlicher Wahnbilder hange. Zu unsern Zeiten haben wir's erlebt, was die Wortschälle Rechte, Menschheit, Freiheit, Gleichheit bei einem lebhaften Volk für einen Taumel erregt, was in und außer seinen Grenzen die Silben Aristokrat, Demokrat für Zank und Verdacht, für Haß und Zwietracht angerichtet haben.

Zu anderen Zeiten war es das Wort Religion, Vernunft, Offenbarung, selig machender Glaube, Gewissen, Covenant, the causes sake usw. Unschuldige Farben, die Grünen und Blauen, die Schwarzen und Weißen; Lösungsworte, mit denen man keinen Begriff verband; Zeichen, die gar nichts sagten, haben, sobald es Parteien galt, im Wahnsinn Gemüter gemordet, Länder verheert. Die Geschichte ist voll solcher abbadonischer Namen, so daß man ein Wörterbuch des Wahnes und Wahnsinnes der Menschen aus ihr ziehen und dabei oft die schnellsten Abwechslungen, die größten Gegensätze bemerken würde.

„Bewahre uns Gott, werden Sie sagen, meine Herren, vor solcher Ansicht der menschlichen Dinge! Unsere Erde würde ja damit ein Irrenhaus und unsere Geschichte ein Krankenregister. Sollte sie in ganzen Perioden anders zu betrachten sein? Und ist es nicht nützlich, daß man sie also betrachtet?“

Johann Gottfried Herder, „Briefe zur Förderung der Humanität“.

Die innerfranzösischen Probleme Elsass und Ostlothringen in europäischer Sicht

Von Johann Wilhelm Mannhardt †

Der Verfasser dieses Beitrages, Professor DDr. Johann Wilhelm Mannhardt, Mitherausgeber von „Europa Ethnica“, ist am 10. September, sieben Tage vor Vollendung seines 86. Lebensjahres verstorben. „Europa Ethnica“ veröffentlicht in der nächsten Folge eine Würdigung des bis zuletzt ungemein vielseitig wirkenden Gelehrten.

Europa ist seit langer Zeit eine geistige Einheit. Glaubensüberzeugungen, Künste, Wissenschaften, insbesondere Ideen, zu denen auch die politischen gehören, aber auch Ideologien, breiten sich in ihm schnell aus. Aber es ist eine Einheit der Vielheit. Diese ursprünglichen kulturellen Erzeugnisse werden von den einzelnen Völkern hervorgebracht, ihrer Eigenart gemäß gestaltet und von den anderen dann entweder so übernommen oder ihrem eigenen Wesen zugeordnet und dadurch umgewandelt. Dieser Austausch erfolgt ganz von selbst von Volk zu Volk über Staatsgrenzen hinweg ebenso wie die Befriedigung leiblicher Bedürfnisse durch die Wirtschaft. Allerdings sind die Staaten in der Lage, hier regulierend oder zu ihrem Vorteil einzugreifen. So sind in den Friedensschlüssen nach großen europäischen Kriegen, die meistens Koalitionskriege waren, kulturelle Probleme gelöst, aber auch neue geschaffen worden.

Seit dem Aufkommen des von den Jakobinern in Frankreich geschaffenen sogenannten Nationalstaates und seiner Ausbreitung über Europa ist das Einfangen höchstpersönlicher und kultureller Güter in den Staat und ihre Verwendung zu seinen Zwecken beinahe zu einer ihm zustehenden Aufgabe geworden, eine Entwicklung, die anscheinend der Kultur, aber auch den Völkern selbst nicht immer gut bekommen ist. Am augenfälligsten ist in unserer Gegenwart die Ausbreitung der Idee der Demokratie als höchste und beste Staatsform und die des Kommunismus als beste Ordnung einer internationalen Gesellschaft. Beide sind in den verschiedenen Staaten in mannigfacher Weise ausgeformt, ineinander manipuliert, aber auch, soweit es möglich war, künstlich ferngehalten worden. Dagegen ist ein anderes Kulturgut, das sich in der europäischen Geschichte entwickelt hat und an sie gebunden bleibt, das unabhängig ist von den Ideen der Demokratie und des Kommunismus, neuerdings von den Menschen, teilweise unter Beihilfe des Staates, in den Hintergrund gedrängt worden. Dieses Gut ist das unverlierbare Volksbewußtsein als eine im Menschen realisierte Idee. Ihre Virulenz hat eine eigene Geschichte. Etwa gleichzeitig mit der Heranziehung aller Zugehörigen an den Staat zur Verwirklichung der Demokratie und nicht unabhängig von ihr verstärkte sich in dem sogenannten Völkerfrühling das Volksbewußtsein in allen Schichten der Völker, insbesondere denjenigen, in denen es bisher geschlummert hatte. Die Völker begannen, sich als eigenständige Subjekte zu verstehen, die sie vorher nur im Unterbewußtsein gewesen waren. Sie erfuhren ihre gewisse Abhängigkeit von dem Staate, in dem sie lebten, aber wenn er seine Macht über sie mißbrauchte, standen sie gegen ihn auf. So sind die letzten 100 Jahre erfüllt von den Kämpfen zwischen den immer mehr Macht an sich reißenden Nationalstaaten und den ihm zugehörigen, um ihre Existenz besorgten Völkern und Volksteilen. In den Staaten, in denen bisher mehrere Völker und Volksteile friedlich nebeneinander gelebt hatten, setzte sich bei den größeren unter ihnen eine Auflösungstendenz durch mit dem Ziele, nun selbst Nationalstaaten über die kleineren zu werden. Die unter-

liegenden in diesem Kampfe waren diese, die es nicht zu einer Eigenständigkeit hatten bringen können. Sie mußten mit dem Staate, dem sie schicksalsmäßig angehörten, ihr Auskommen finden. Das bedeutete ein Ringen um die Erhaltung ihrer ethnischen Existenz als innerpolitische Aufgabe im Rahmen ihres Staates. Denn solange dieser ein Nationalstaat war, sahen sie sich der Gefahr gegenüber, durch seine Assimilationsbemühungen ihre von ihrem Volksbewußtsein getragene Eigenart zu verlieren und im Staatsvolk aufzugehen.

Trotz der noch andauernden Stärke der Nationalstaaten hat eine schon über Europa hinausreichende Idee sich verwirklichen können, durch überstaatliche Instanzen mit eigenen Kompetenzen die Allmacht der Nationalstaaten einzuschränken, um den durch sie bisher gefährdeten Frieden zu sichern. Ihr verdankt der Völkerbund der Zwischenkriegszeit seine Entstehung. Zwar hatten einige Staaten sich bereits in den Pariser Vorort-Friedensverträgen zu einem Schutze der in ihnen eingeschlossenen Volksteile, damals als nationale Minderheiten bezeichnet, verpflichten müssen. Das erschien aber den Friedensmachern nicht als ausreichend. Daher haben sie dafür gesorgt, daß die entsprechenden Bestimmungen auch in die Völkerbundsatzung hineingenommen wurden. Sie verpflichteten nur einen Teil der im Völkerbund vertretenen Staaten. Aber dieser Schutz ist als eine mögliche Rechtsinstitution damit anerkannt worden. Die Staaten, die sich weigerten, bei der Behandlung ihrer nationalen Minderheiten den Völkerbund einzuschalten, beriefen sich darauf, daß es sich um innerstaatliche Angelegenheiten handle. Auch am Streit um die Kompetenzen zwischen den Nationalstaaten und diesen Minderheiten ist der Völkerbund zugrunde gegangen.

An seine Stelle sind nach dem zweiten Weltkrieg die United Nations getreten. Die westeuropäischen Staaten haben sich als weitere überstaatliche Instanz außerdem den Europarat geschaffen. Beide stehen vor den gleichen Problemen. Die Wissenschaft bezeichnet heute genauer die nationalen Minderheiten als Volksgruppen. Ihr Problem ist heute das gleiche geblieben, vor dem auch die beiden überstaatlichen Instanzen stehen. Es scheint so gut wie unlösbar zu sein, solange die Nationalstaaten noch auf dem Standpunkt ihrer absoluten Souveränität stehen bleiben wollen. Eine gewisse Auflockerung ergibt sich aus der ausdrücklichen Anerkennung von Menschenrechten für alle in unserer Zeit in so verschiedener Weise Entrechteten, Unterdrückten, Verfolgten und Diffamierten durch die beiden überstaatlichen Instanzen. Haben doch diese Menschenrechte, wie die Nationalstaaten, ihren Ursprung in der Zeit der französischen Revolution. Deshalb tun sich diese schwer, jene zu verleugnen. Dadurch ist es gelungen, den einzelnen benachteiligten Gliedern einer Volksgruppe einen gewissen Schutz angedeihen zu lassen, bisher aber nicht einer Volksgruppe als Ganzes. Wieweit ein solcher Schutz wirksam zu gestalten ist, bleibt eine weitere Frage. Solange die Volksgruppen keinen völkerrechtlichen Schutz genießen, d. h. solange es kein Volksgruppenrecht gibt, liegt ihr Schicksal in den Händen ihrer Staaten. Ihre Behandlung bleibt deren innere Angelegenheit. Es wäre zeitgemäß, und sie würden gut daran tun, wenn sie von sich aus ihren Volksgruppen einen Rechtszustand gewähren würden, der dann völkerrechtlich bestätigt werden könnte.

Unsere bisherigen Ausführungen galten einem Problem, dem sich fast alle europäischen Staaten gegenübersehen, das deshalb auch ein europäisches ist und, wenn die Staaten bei der Lösung versagen, vielleicht mittels einer moralischen und beratenden Hilfe von Europäern angegangen werden muß. So wird es jedenfalls ein Europäer

sehen müssen. Indem wir jetzt vom Allgemeinen zum Besonderen fortschreiten, soll ein Augenmerk auf zwei bestimmte Volksgruppen gelenkt werden. Wenn wir dazu zwei im französischen Staat eingebettete wählen, so hat das drei Gründe. Einmal befinden sich in Frankreich verhältnismäßig viele derartige Gebilde, zum anderen hat es ihnen gegenüber besonders den Nationalstaat herausgestellt, zum dritten hat es durch die Reise de Gaulles nach Kanada die Blicke schlagartig auf seine eigenen Volksgruppen gelenkt. In Kanada gibt es eine, der Association des Ethnies Françaises angehörige Volksgruppe, die Franko-Kanadier, die Herren in ihrer autonomen Provinz Quebeck sind, aber sich als solche in den englischsprachigen Provinzen nicht genügend geschützt sehen. Indem de Gaulle als Staatsoberhaupt und Gast eines befreundeten Staates die französische Volksgruppe in diesem Staate persönlich ermunterte, ihre Eigenart zu bewahren, und ihr Schutz und Hilfe versprach, hat er sich im Gegensatz zu der nationalstaatlichen Politik gesetzt, die er den Volksgruppen im eigenen Staate gegenüber anwendet. Solch ein Schritt dürfte über das jeder zukünftigen Staatsgestalt erlaubte Maß hinausgehen und deshalb zu keiner völkerrechtlichen Analogie anreizen. Aber er lehnt innerhalb Frankreichs entsprechende Forderungen seiner Volksgruppen ab und hebt in Europa das Tabu auf, das es sich rücksichtsvoll hinsichtlich der theoretischen Behandlung dieses französischen Problems auferlegt hat. So sieht unsere Zeitschrift sich nunmehr in der Lage, zwei Volksgruppen in Frankreich, die Elsässer östlich und Ostlothringer westlich der Vogesen als zwei Ganzheiten einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, nachdem einige Einzelprobleme wie die anderer Volksgruppen bereits zur Sprache gebracht sind. Bei Nichtkennern wird es vielleicht Verwunderung hervorrufen, daß hier von zwei Volksgruppen gesprochen wird, wo doch meistens von Elsaß-Lothringen die Rede ist. Das ist noch eine Reminiscenz aus den 50er Jahren, in denen diese Länder des vor 1648 römischen Reiches deutscher Nation wieder zum Bismarck-Deutschland gekommen und als „Reichsland“ politisch zusammengefaßt waren. Bis dahin war ihre Geschichte im Rahmen sowohl des alten Reiches wie später des französischen Staates getrennt verlaufen. Obgleich von gleicher deutscher Hochsprache, wenn auch verschiedener Mundart, waren beide ihrer Art nach sehr verschieden und haben sich selbst nie als eine Einheit gefühlt. Auch heute noch bilden die Vogesen eine gewisse Grenze. Das hat aber nicht verhindert, daß ihre ethnopolitische Lage und ihre Stellung gegenüber Frankreich nahezu die gleiche ist, wenn auch die Zahl der Deutschsprachigen im Mosel-Departement verhältnismäßig kleiner ist als im Ober- und Unter-Elsaß. Deshalb gilt das hier zu Sagende in erster Linie dem Elsaß, darf aber cum grano salis auch auf die Ostlothringer bezogen werden.

In einem ersten Abschnitt soll durch eine geschichtliche Übersicht erhellt werden, wie es zu dem heutigen ethnischen Status der beiden Volksgruppen gekommen ist. Sodann soll untersucht werden, als was die Elsässer und Ostlothringer heute ethnopolitisch zu kategorisieren sind. Und zuletzt soll als wichtigstes Problem die Sprachenfrage erörtert werden, sowohl wie sie sich gegenwärtig dem europäischen Urteil darbietet als auch was zu ihrer Besserung unternommen wird.

Ein deutscher Europäer hört damit nicht auf, Deutscher zu sein. Aber die folgenden Ausführungen werden zeigen, daß einem deutschen Verfasser sehr wohl eine europäische Sicht möglich ist, nachdem eine Verschiebung der Staatsgrenzen nicht noch Europas willen, da es bei Aufrechterhaltung solcher Bestrebungen niemals aufgerichtet einmal erfolgen darf, sowohl um der Elsässer wie der Ostlothringer selbst als auch um werden könnte.

II

Als seit Ludwig XIV. das Elsaß und der deutschsprachige Teil Lothringens schluckweise aus dem Reichsverband herausgerissen und von Frankreich annektiert wurden, eine Tatsache, die das Reich zwangsläufig hinnahm, bestand das Gebiet, abgesehen von einigen freien Reichsstädten, aus einer Menge einzelner kleiner Herrschaften, die meistens von jenseits des Rheins regiert wurden. Das Land gehörte von Anfang an zum deutschen Sprach- und Kulturgebiet im weiten Sinne des Wortes. Im Elsaß hatte es eine besondere Blüte gezeitigt. Die Volksgrenze war scharf gezogen und hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Im südlichen Elsaß wurde die alemannische, im nördlichen Teil und in Ostlothringen eine fränkische Mundart gesprochen. Ein solcher staatlicher Übergang bedeutete für die Bewohner damals nicht so viel, wie heute im Zeitalter der Nationalstaaten, in denen die Staatsmacht sehr viel fühlbarer ist. Die französischen Untertanen im deutschen Herzogtum Lothringen hatten sich ebensowenig unwohl gefühlt, wie die in den wenigen französischsprachigen Vogesentälern des Elsaß. Das Verschwinden der Kleinstaaten mußte als eine Wohltat angesehen werden, ebenso wie die weite Entfernung von der neuen Hauptstadt Paris. Immerhin machte sich die Verlegung der Staatsgrenzen bemerkbar. Der Kulturstrom den Rhein hinüber und herüber stoppte. Elsaß und Lothringen lagen nun ganz an der Peripherie Frankreichs. An dem deutschen Charakter des Landes und seiner Bewohner, den noch Goethe empfinden konnte, änderte sich lange Zeit nichts. Dafür sorgten schon diese, und die Franzosen ließen sie dem Geist der Zeit entsprechend gewähren. So ist es bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts geblieben.

Das, was wir unter den „Ideen von 1789“ zusammenfassen, hat im Elsaß besonders gezündet. Es ist kein Zufall, daß die Marseillaise in Straßbourg entstanden ist. Die Deutschen sind immer, wie die Franzosen, gute Soldaten gewesen. Sie haben aber dazu noch das Bedürfnis, dem Idol eines politischen oder militärischen Führers anzuhängen. So sind die Elsässer und Ostlothringer in Erinnerung an ihre Reichsidee begeistert den Fahnen Napoleons gefolgt, ungeachtet dessen, daß sie sie in einen Bruderkrieg hineinführten. In dieser Zeit ist in Frankreich ein freies, nach unten offenes Bürgertum entstanden, das am Oberrhein besonders anziehend wirkte, als man dort den Vergleich mit der untätigen Kleinstaaterei im übrigen Deutschland ziehen konnte. Das bewirkte eine gewisse Freundschaft zum französischen Volk und eine engere Bindung an seinen Staat, dessen Umwandlung in den Nationalstaat erst allmählich spürbar wurde. Von dem Völkerfrühling im Osten ist das Elsaß kaum berührt worden. So vollzog sich fast unmerklich eine gewisse Angleichung der Elsässer an das französische Volk, das politisch als das fortschrittlichere erschien. In erster Linie war es, wie auch in Luxemburg, die Oberschicht, die ohne jeden äußeren Druck vor ihm kapitulierte, indem sie im gesellschaftlichen Verkehr die französische Sprache der deutschen vorzog, während sie zu Hause sich weiterhin der Mundart bediente. Mit der Sprache zog auch französischer Geist ein. Er begann im 19. Jahrhundert leise auch nach unten abzufärben. Dieser auch soziale Vorgang kam der Politik des Nationalstaates entgegen. Während die Franzosen bisher die deutsche Sprache und Kultur kaum angetastet hatten, begann ihr Staat jetzt damit, auch von sich aus beides abzuwerten und möglichst auszuschalten. Das wurde dadurch erleichtert, daß beides an innerer Kraft eingebüßt hatte. Wirksamstes Mittel war die Einführung der französischen Staatsschule, wenn auch zunächst noch mit weitgehender deutscher Unterrichts-

sprache. Dadurch sind die Elsässer noch keine Franzosen geworden. Aber ihr positives Verhältnis zu ihnen beschränkte sich nicht mehr nur auf die bloße Bejahung der Staatsangehörigkeit. Sie verbanden ihre Sympathie für Frankreich mit dem instinktiven Willen, ihre angestammte Eigenart und Sprache nicht aufzugeben, sondern zu bewahren, auch wenn die Franzosen, die von ihnen in ihrem Lande immer noch als Fremdlinge, mehr von ihnen verlangten.

So war die Situation, als das neugegründete kleindeutsche Reich nach seinem Sieg über Frankreich das Elsaß und einen großen Teil Lothringens reannektierte. Dabei hatten weder historische Reminiszenzen noch das an sich verständliche Verlangen, die Volksgrenze zur Staatsgrenze zu machen, noch der gelegentlich laut gewordene Wunsch, verlorene Söhne heimzuholen, eine entscheidende Rolle gespielt. Maßgebend war, daß es damals nun einmal üblich war, den Besiegten Land abzunehmen, um dadurch die eigene Macht zu vermehren und eine Stärkung der militärischen Sicherheit herbeizuführen, wie das jetzt in etwa auch von den Israelis den Arabern gegenüber versucht wird. Aus diesem Grunde sind leider auch Teile des frankophonen Lothringens mitübernommen worden.

Bismarck bildete aus den beiden verschieden gearteten Gebieten das Reichsland Elsaß-Lothringen. Es war verständlich, daß er dieses nicht gleich zum Bundesstaat machte; denn die neuen Staatsbürger mußten sich erst an den eingetretenen Zustand gewöhnen. Aber die gewählte Form hatte den Nachteil, daß sie eine gewisse Isolierung vom übrigen Deutschland mit sich brachte, die dem Zusammenwachsen hinderlich war. Es ist müßig, darüber nachzudenken, ob es nicht besser gewesen wäre, das Elsaß zunächst Baden und Ostlothringen der preußischen Rheinprovinz anzugliedern, denen sie näherstanden als sich untereinander. Die Deutschen, die sich selbst erst in das kleindeutsche Reich Bismarcks einzuleben hatten, mit ihrem Nationalstaat, waren auf die Aufgabe, die ihrer nun an Oberrhein und Mosel harreten, nicht gut vorbereitet. Das bewiesen manche Beamte und Offiziere, die in das Land geschickt wurden. Selbst bei gutem Willen, der auch vorhanden war, hatten sie es mit einer ablehnenden Bevölkerung nicht leicht. Das führte, namentlich zu Anfang, zu vielen Reibereien. Andererseits hat die sachliche und saubere Verwaltung, die Hebung der Wirtschaft und die ausstrahlende Macht des jungen Reiches ihre Wirkung nicht verfehlt. Das eingeschläferte Volksbewußtsein begann langsam wieder durchzubrechen, und eine Zufriedenheit mit dem Schicksal stellte sich ein, je mehr staatsbürgerliche Rechte ihrem Lande zuteil wurden. Die Elsaß-Lothringer, die sie nun waren, trugen ihren Anteil am deutschen Geistesleben bei und stärkten dadurch ihr Eigenbewußtsein. Der Glanz Frankreichs verblaßte langsam. Die deutsche und elsäß-lothringische Verwaltung kann für sich in Anspruch nehmen, die Franzosen im Lande vorbildlich behandelt zu haben. Man hat versucht, die französische Minderheit zu willigen Staatsbürgern zu machen, sie in ihrer Sprache und Kultur aber nicht angetastet und keinerlei Assimilierung in Gang gesetzt, was auch vergeblich gewesen wäre. In den frankophonen Gebieten wurde der Unterricht weiterhin in der Muttersprache erteilt. Das Deutsche wurde in allen Klassen erste Unterrichtssprache. Es kann nicht bezweifelt werden, daß im Jahre 1914 der weit überwiegende Teil der Elsaß-Lothringer deutschen Zunge sich ganz wieder in ihrem Volke eingerichtet hatte.

Nach französischer Auffassung waren nun Elsaß und Lothringen nicht einst von ihnen, sondern jetzt von den Deutschen geraubte Gebiete. Von Anfang an haben sie nicht auf die Rückgliederung verzichtet, wie es jetzt so viele Deutsche auf ihren Osten

tun. Die trauernden Statuen von Straßburg und Metz auf der Place de la Concorde sollten das symbolisieren. „Rache für Sadowa“ war noch längere Zeit die Parole des damaligen Revanchismus. Das sollte auch die „unter Fremdherrschaft Lebenden“ weiterhin hoffen lassen. So konnte jeder Deutsche wissen, was er künftig von einem gegen Frankreich verlorenen Krieg zu erwarten hatte, auch nachdem die Stimmen von drüben leiser geworden waren, wie jetzt die der Russen hinsichtlich ihres weltkommunistischen Zieles. Die deutsche Obrigkeit hat darüber großmütig, aber auch wohl zu gutgläubig hinweggesehen. Das hat gewissen Teilen der Oberschicht gut gefallen, die Paris immer noch vor Berlin den Vorzug gaben.

Weil die deutsche Verwaltung so großzügig die Propaganda jener hinnahm, die den französischen Geist im Reichsland weiterpflanzten und die Sympathien in Anbetracht eines überdrüssig gewordenen Krieges dem Siegeskandidaten zugute kamen, so waren 1918 die Voraussetzungen für den Jubel der Elsaß-Lothringer gegeben, mit dem sie die Sieger empfingen. Wie 1871 wechselten sie den Staat, ohne befragt zu werden. Als Poincaré in Straßburg beim Anblick der von der neu eingesetzten Stadtverwaltung und den Händlern schleunigst ausgetauschten Fahnen und Schilder seinen Ausspruch tat „Le plébiscite est fait!“, war das nur ein Bonmot. Er und sein Volk konnten gar nicht anders, als solche Zustimmung für selbstverständlich zu halten. Aber sie mußten alsbald bemerken, daß das falsch war. Daraufhin setzten sie Druckmittel ein, damit ihnen das nicht noch einmal passiere. Die „heimgekehrten Brüder“ sollten jetzt schnellstens Volksfranzosen werden. Dabei konnte ihnen ihr altes Mittel, die Ausnutzung der Anziehungskraft ihrer Sprache helfen. In den Schulen sollte nicht nur französisch gelehrt, sondern es sollten auch möglichst viele Fächer in französischer Sprache unterrichtet werden. Geist und Kultur Frankreichs wurden stärker eingesetzt und das Deutsche, auch die Mundart, verächtlich gemacht. Viel mehr als früher wurden zu diesem Zweck Lehrer und Beamte aus Innerfrankreich ins Land gerufen. Bei diesen Bestrebungen wurden die Franzosen keineswegs von allen Geistlichen beider Konfessionen, wohl aber von den Kirchenleitungen weitgehend unterstützt. Politisch und kulturell wirkt dieser Absicht einer zentralistisch gelenkten Assimilierung der Autonomiegedanke entgegen, zu dem sich die Elsässer in Frankreich seit 1918 eindeutig bekannten.

Durch den zweiten Weltkrieg kamen das Elsaß und Ostlothringen abermals unter deutsche Verwaltung, für rund vier Jahre. Die Elsässer hatten die Besatzungszeit mit allen Franzosen geteilt. Aber sie hatten diesmal mit der speziellen Vergeltung gegen heimattreue Elsässer zu rechnen, die den Nationalsozialisten gleichgestellt wurden. So kam es denn auch. Die Epuration umfaßte alle Franzosen, die mit den Deutschen irgendwie zusammengearbeitet hatten. Aber für die Elsässer war sie besonders bitter. Das KZ Struthof wechselte seine Gefangenen. Die sich nun als Sieger fühlenden Franzosen sahen sich gegenüber den Elsässern in der Rolle von moralischen Scharfrichtern, die keine Gnade walten lassen durften. Eine allgemeine Angst befiel das Land, die noch heute andauert. Durch Zentralverwaltung und Schulgesetzgebung sollte nunmehr die deutsche Sprache und alles, was sich in ihr ausdrückte, in möglichst kurzer Zeit vom Kindergarten ab unter staatlichem Druck ausgerottet werden. Jetzt nach 20 Jahren zeigen sich die Erfolge. Das Hochdeutsche verklingt auf den Straßen der Städte, während sich die Mundart auch bei den Kindern noch erhält. Die Zahl der deutschen Predigten in den Kirchen und der Presseorgane geht deshalb zurück. In den höheren Schulen wird das Deutsche als Fremdsprache wie in

Paris gelehrt, und die aus den Volksschulen Entlassenen können weder Französisch noch Deutsch richtig schreiben. Die Allgemeinbildung sinkt immer mehr ab. Daß das nicht dem Wunsche der Bevölkerung entspricht, zeigen die sich dagegen wendenden Resolutionen, die von den lokalen, Verwaltungskörperschaften in ziemlich gleichmäßigen Abständen nach Paris geschickt werden, ohne dort eine Reaktion auszulösen. Wenn noch zwei kritische Zeitschriften in deutscher Sprache erscheinen dürfen, von denen die eine unter einem gewissen geistigen Schutz steht, und vielfach unter dem Ladentisch verkauft werden, so offenbar nur deshalb, weil Paris ihre Wirkung nicht hoch einschätzt und die *Sûreté* dadurch gewisse Anhaltspunkte erhalten kann und Frankreich auf diese Weise notfalls seine Liberalität nachzuweisen vermag. Wenn trotz alledem de Gaulle in den Ostprovinzen mehr Stimmen als in einem anderen Landesteil erhält, während die kommunistischen hier zurückliegen, so liegt das nicht nur an dem deutschen Verlangen nach Heldenverehrung, sondern verrät auch die innere Unsicherheit und Hilflosigkeit. Infolge dieser Umstände erhält das Gesicht des Landes äußerlich immer mehr französische Züge. Die Völkergeschichte zeigt aber, daß sich eine innere Umwandlung eines Volkes in ein anderes nicht in einem Menschenalter vollziehen kann, namentlich, wenn sie unter Druck erfolgt.

Dieser Überblick über die Geschichte des elsässischen und ostlothringischen Schicksals zeigt, daß sie voll vom Staat hinzugefügten unverschuldeten Leides ist, von dem auch andere Volksgruppen in Frankreich betroffen sind. Das hat seine Dulder, trotz aller jeweiligen Anpassung, dem Nachbarn jenseits des Rheines entfremdet und dem jenseits von Vogesen und Maas nicht verbunden trotz aller Bejahung der deutschen Vergangenheit und aller Hoffnungen auf ein zukünftiges, vom Nationalstaat entfesseltes Frankreich, die bei ihnen im Widerstreit liegen. Diese Zwiespältigkeit steht am vorläufigen Ende ihrer Geschichte, auch wenn die Elsässer und Ostlothringer meinen, kaum wagen, sie zuzugestehen, und die Franzosen das nicht sehen, weil ihre Regierung samt öffentlicher Meinung es nicht ertragen wollen, kranke Staatsangehörige unter sich zu haben.

III

Was sind nun eigentlich heute die Elsässer und Ostlothringer? Diese Frage stellt sich dem Europäer und Wissenschaftler von selbst, wenn von ihnen die Rede ist.

Wer heute im Gespräch oder auf einem Fragebogen Auskunft über seine Herkunft geben soll, wird in den allermeisten Fällen mit der Mitteilung seiner Staatsangehörigkeit antworten in der Annahme, daß sie gemeint sei. Auch heute noch wären andere Angaben möglich, nämlich die des Heimatlandes und der Volkszugehörigkeit, die ebenso gegenständlich sind. Aber die Praxis des modernen Nationalstaates hat sie in den Hintergrund gedrängt in seinem erfolgreichen, aber doch nicht durchgesetzten Bemühen, Staat, Volk und Heimat im Bewußtsein seiner Angehörigen zusammenfallen zu lassen. Es sind aber noch keine 200 Jahre vergangen, seitdem sie begonnen hat, sich durchzusetzen. Vorher stand im Bewußtsein der Menschen Heimat und Volk viel näher als der Staat, vor allem in Mitteleuropa. Dies läßt sich in der Literaturgeschichte nachweisen, ist aber ein Ergebnis der politischen Geschichte. Wenn ein Herrscher von sich sagte, daß er der Staat oder ein anderer, daß er der erste Diener des Staates sei, so bedeutete das nicht, daß die Untergebenen den Staat höher als Volk und Heimat geschätzt hätten. Ebenso wenig haben das die Untertanen des Fürsten von Katzenellenbogen getan, auch wenn sie ihn als ihren Herrn verehrten. Goethe war von

Geburt Frankfurter und ist nach seiner Wahl Sachsen-Weimaraner geworden. Aber er hat in Italien auf die Frage nach seiner Herkunft sicher Deutschland gesagt, soweit man ihn überhaupt danach gefragt hat. Dieses war damals kein staatlicher Begriff. Der Nationalstaat ist in Frankreich totalitär weiter entwickelt und von Hegel theoretisch unterbaut worden. Das bedeutet aber nicht, daß, nachdem er von ganz Europa übernommen worden war, das Bewußtsein der Verbundenheit mit Volk und Heimat ein für allemal verschwunden ist. Vom Nationalstaat entweder in sich aufgenommen oder, soweit es ihm nicht gelang, unterdrückt, lebt es in den Tiefen der Menschenseele weiter fort. Als das Ursprüngliche ist es dem Nationalstaat auf die Dauer überlegen, der ebenso, wie er gekommen ist, einmal wieder vergehen und einer anderen Staatsgestalt Platz machen wird.

Hätte ein Fremder vor der sich über 100 Jahre hinziehenden, durch Annexion oder Vererbung erfolgten Einverleibung des Elsaß und Ostlothringens in Frankreich einen ihrer Einwohner nach seiner Herkunft gefragt, würde er bestimmt „aus Deutschland“ zu hören bekommen haben. Auf dieselbe Frage würde er, etwa nach 1800, wahrscheinlich zunächst die Gegenfrage gestellt haben: „Meinen Sie den Staat?“ und auf die Bejahung bis 1871 schlicht Frankreich, von da ab bis 1918 zunächst mit einem Zeichen des Bedauerns, später mit dem der Befriedigung Deutschland erwidert haben. Von 1919 bis 1940 lautete die Antwort teils mit, teils ohne Seufzer wieder Frankreich. Während des zweiten Weltkrieges blieb sie aus, während sie seitdem ohne Zögern „Frankreich“ heißt. Daß die Franzosen bei solchem Wechsel vom Staatsbewußtsein ihrer drei östlichen Departements noch nicht voll überzeugt sind, obwohl sie es heute sein könnten, ist verständlich. Sie übersehen aber dabei, daß die Gründe dafür allein bei ihnen selbst liegen. Die staatliche Übernahme eines großen Teils eines fremden Volkes, wie sie seinerzeit beinahe gang und gäbe war und heute bei einer anderen Auffassung nicht nachträglich verübelt werden darf, hat sich später für den Nationalstaat als eine Belastung ergeben. Denn gleichzeitig mit seiner Entstehung war eine Stärkung des Volksbewußtseins einhergegangen, das er zwar bei seinen fremden Volksteilen unterdrücken aber nicht auslöschen konnte. Würde Frankreich, was aber der Nationalstaat nicht zuließ, nach 1919 dem Elsaß und Ostlothringen sowie den anderen Gebieten mit fremden Volksteilen volle Genüge getan haben, indem es ihnen, wie es gleichzeitig die baltischen Staaten taten, eine Kulturautonomie, die ihm unter ausdrücklicher Zusicherung der bestehenden Staatsbürgerschaft ans Herz gelegt worden ist, gewährt haben, würde es nicht an der Staatsstreue dieser Gebiete zu zweifeln gehabt haben. Die politische Haltung des Elsaßes und Ostlothringens während des Dritten Reiches wäre von Anfang an eine andere gewesen. Doch hat schließlich gerade die Haltung des Hitler-Staates ihnen gegenüber zur Verfestigung ihrer Staatsstreue beigetragen. Vernunft und auch ein gewisses Gefühl binden sie seitdem eng an den französischen Staat. Sie sind heute, da Politik allgemein als Staatspolitik verstanden wird, auch im politischen Sinne Franzosen geworden.

Die volle Bejahung der Staatszugehörigkeit soll aber nach Auffassung des französischen Nationalstaates auch die Bejahung der Volkszugehörigkeit einschließen und, wenn verweigert, erzwungen werden, vor allem auf dem Wege des Schulunterrichts. Deshalb ist nach dem zweiten Weltkrieg das Deutsche als Unterrichtsfach so gut wie verbannt. Nur in den oberen Klassen der Höheren Schulen soll unter bestimmten Umständen Deutsch bis zu drei Stunden in der Woche unterrichtet werden. In den Kindergärten (*écoles maternelles*) ist der Gebrauch der Mundart, die die Kinder als

Muttersprache meistens noch mitbringen, ausdrücklich untersagt. Dieser Weg entspricht dem *Esprit français*. Die Franzosen sind große Sprachkünstler und -pfleger. In ihrer Sprache sollen sich seelische Kräfte auswirken. Für den Deutschen drückt sich in der Sprache das Volkstum aus. Für den Franzosen ist dieser Begriff zu abstrakt. Er hat ihn deshalb gern ironisiert. Die Sprache ist ihm etwas Reales, vom Denken Faßbares. In der Liebe zu seiner Sprache denkt er das Volkstum mit. Die französische Sprachpolitik kann denn auch auf mancherlei Erfolge in der Politik hinweisen. In diesen Gebieten hat sich bei der Jugend das Französische schon weitgehend an die Stelle der Mundart gesetzt, während sich das Alemannische und Fränkische, vor allem auf dem Lande, immer noch gut haben behaupten können. Bis jetzt ist jede Reaktion seitens des Elsasses zur Erhaltung der angestammten Sprache zu platonisch gewesen, als daß Paris sich zu einer Konzession bereit erklären würde. Trotzdem macht sich auf diesem kulturellen Gebiet eine starke Kritik an der französischen Staatspolitik geltend.

Sind nun die Elsässer und Ostlothringer sprachlich Franzosen, also Vollfranzosen auch der Kultur nach und allem, was sie ausdrückt, geworden? Das ist dieselbe Frage, die sich auch den Flamen, Bretonen, Basken, Katalanen, Korsen und neuerdings auch den Occitanen stellt. Sie ist den Franzosen in ihrem nationalstaatlichen Denken nicht wünschenswert, aber nach den Vorgängen in Kanada nicht zu umgehen. De Gaulle wünscht ein „Europe des Etats“. Die fremden Volksteile im Schoße Frankreichs werden dieses erst dann aus vollem Herzen als ihr Vaterland empfinden, wenn es ihnen ermöglicht, ihrer abweichenden Lebensart zu leben. Vorläufig sehen die Franzosen selbst ihre fremden Volksteile nicht als ihresgleichen an; sonst würden sie sie anders behandeln. Sie fühlen sich in ihren Gebieten selbst noch fremd. Auf der anderen Seite fühlen sich die Elsässer und Ostlothringer nur in ihren Departements daheim. Sie verkehren lieber nur unter sich und bezeichnen die von draußen Hereingekommenen im Gegensatz zu sich als Innerfranzosen. Warum lachen sie so herzlich über die Schwänke von Germain Müller? Warum stellen sie so gern Radio und Fernsehen auf deutsche Sender ein? Was spricht den Gastarbeiter von jenseits des Rheins so sehr an seiner Arbeitsstätte an? Er will sich die Liebe zur Sprache seiner Vorväter nicht aus dem Herzen reißen lassen. Ausnahmen finden sich fast nur in der Oberschicht der Bourgeoisie. Das ist aber schon immer in den westgermanischen Grenzgebieten so gewesen. Nur hat sich diese Schicht langsam verbreitert. Sie spricht aber nicht für die ganze Bevölkerung. So kann das Ergebnis dieser Überlegungen nur sein, daß die Elsässer und Ostlothringer ethnisch noch keine Franzosen geworden sind.

Damit erhebt sich die Frage, was sie denn sonst sind. Sind sie Deutsche? Nun ist das Wort deutsch immer und solange ein ethnischer Begriff gewesen, bis das nationalstaatliche Denken auch in Mitteleuropa die Überhand gewonnen hat. Von der Zeit ab ist es allgemein auch ein staatsrechtliches und überhaupt ein staatspolitischer geworden, ohne daß damit der alte Sinn außer Kurs gekommen wäre. Aber einzelnen ist er verlorengegangen. Viele Deutsche würden deshalb selbst gar nicht auf den Gedanken kommen, die Elsässer zu fragen, ob sie noch Deutsche seien. Wer eben Franzose ist, kann nicht auch Deutscher sein. Werden sie dennoch gefragt, würde die Frage verneint werden. Die Elsässer wollen heute nach allen ihren Erfahrungen keine Deutschen mehr sein. Auf den Hinweis, daß es dafür dennoch objektive Merkmale gäbe, würden sie nicht hören wollen. Wenn sie also selbst keine Deutschen mehr sein wollen, wäre es von den Deutschen sehr unklug, das Gegenteil zu behaupten. Sie würden bei den Franzosen in den Verdacht geraten, immer noch Revanchisten Re-re-

annexionisten zu sein, was, wie jeder Mann in der Bundesrepublik feststellen könnte, kein Deutscher ist und wegen seiner Verpflichtung Europa gegenüber nicht sein könnte. Wenn nun die eingeborenen Elsässer und Ostlothringer nur Staatsfranzosen und keine Deutschen mehr sein wollen, so bleibt kein anderer Schluß übrig, als der, daß sie eben Elsässer und Ostlothringer sind. In der Tat wollen sie das auch heute sein. Als solche empfinden sie sich als Franzosen mit deutscher Muttersprache und Kultur. So wollen sie sowohl von den Innerfranzosen wie von den Deutschen jenseits des Rheins verstanden und respektiert werden. Damit stoßen sie allerdings in Paris auf Widerstand, den mit Erfolg zu überwinden, die trotz der moralischen Unterstützung durch ihre Schicksalsgefährten in den anderen fremden Volksteilen bisher zu schwach gewesen sind.

IV

Widerhall hat die französische Sprachpolitik im Elsaß und Ostlothringen, vor allem in der deutschen Schweiz, aber auch in Flandern gefunden, wo sich teilweise gleiche Probleme stellen, aber andere Lösungen gefunden werden. Dort schließt sich kaum ein Publikationsorgan an. Hier haben Aufsätze von Rimet und in der Zeitschrift *Ons Erfdeel* besondere Aufmerksamkeit gefunden. Aber auch in Frankreich selbst schweigt man sich nicht mehr aus. Eine so bedeutende Zeitung wie *Le Monde* hat eine objektive Artikelserie über die fremden Volksteile in Frankreich von Legris gebracht, in der auch die Elsässer und Ostlothringer den ihnen gebührenden Platz erhalten haben. Auch der bekannte frankophile elsässische Professor der Germanistik an der Sorbonne, Robert Minder, hat sich für die Erhaltung der deutschen Sprache eingesetzt. Immer ist dabei das Bestreben der französischen Politik herausgestellt worden, durch Zwangsmaßnahmen die natürliche, berechnete und teilweise vorhandene Zweisprachigkeit unter Unterdrückung der Muttersprache durch die französische Einsprachigkeit zu ersetzen. Der dadurch entstandene Schaden war durch eine vom Straßburger Ordinariat veranlaßte Enquête über die Sprachlage besonders sichtbar gemacht. Das Buch des Flamen Verdoodt hat ihn dadurch weiter aufgehellert, daß er ihn in eine Parallele zu dem in Luxemburg und Belgien gebracht hat. Diese Bekundungen eines über das Elsaß hinausführenden Interesses in Verbindung mit der eigenen Not und das in Frankreich selbst aufgerollte Problem des Regionalismus haben im Elsaß dazu geführt, daß bedeutende Persönlichkeiten im Lande die Stunde für gekommen erachtet haben, nun selbst aktiv zu werden. Das A und O war für sie die Sprachenfrage. Ihre Forderung, sie zu regeln, mußte so klar und einfach wie möglich sein, um weit verstanden zu werden. Deshalb ging sie auf die Durchführung der Doppelsprachigkeit, des sogenannten Bilinguismus. Das Französische als Staatssprache und das Hochdeutsche soll unter gleichzeitiger Pflege der Mundarten als Muttersprache in den drei Ostdepartements gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Danach soll sich der Sprachunterricht in den Schulen richten, ohne daß einem Kinde dabei Gewalt angetan wird im Sinne des Versprechens, das der General Joffre im Jahre 1914 bei seinem zeitweiligen Vorrücken in Teile des südlichen Elsaß den Einwohnern feierlich gegeben hat. Dieses Ziel soll zunächst durch die Wiedereinführung des sogenannten Dekretes Poincaré-Pflister erreicht werden, das den deutschen Sprachunterricht in den Schulen 1927 regelte. Eine entsprechende Bitte ist in einer weitverbreiteten Publikation ausgesprochen und ausführlich begründet worden, die von einem kürzlich gegründeten René Schickele-Kreis herausgebracht ist. Verschiedene Autoren, darunter

bedeutende Namen, kommen darin zu Worte. Es entspricht unserer Zeit, wenn neben dem menschlichen Gebote auch solche der Nützlichkeit durchschlagend ins Feld geführt werden. Die Hoffnung ist groß und berechtigt, daß diese mit großer Opferwilligkeit eingeleiteten Bemühungen, wenn auch nicht sofort, einen entsprechenden Erfolg zu verzeichnen haben werden.

Eine innenpolitische Organisation sowohl der Elsässer als auch der Ostlothringer würde aller Voraussicht nach von der Pariser Regierung nicht zugelassen werden. Er würde aber auch vom Standpunkt der Elsässer untunlich sein. Gegen einen kulturellen Zusammenschluß mit dem ausschließlichen Ziel einer bilinguistischen Sprachpflege dürfte aber aus guten Gründen kein Einspruch zu erwarten sein. Ein solcher Kreis würde immer ein loser bleiben. Er würde aber ausreichen, sowohl die Elsässer wie Ostlothringer neben die übrigen Volksgruppen in Frankreich zu stellen, denen der René Schickele-Kreis angegliedert ist. Es bleibt zu hoffen, daß dieses und mit ihm seine Ethnies Françaises diese Gründung, so wie sie gedacht ist, als ein Schritt zur Befriedung Europas anerkennen.

Résumé

L'Europe forme un ensemble culturel, dont les membres se fructifient réciproquement, tout en marquant et en conservant leurs particularités morales.

L'idée de réunir ses éléments en un vaste ensemble dans un grand Empire sous la direction des Etats centraux, qui ont la mission d'assurer la coexistence pacifique et incontestée de tous, a été reprise par les hommes de la Révolution française, qui entendaient fusionner cet ensemble en un Etat égalitaire.

De nos jours, cette idée, quoique considérée encore comme valable, se trouve être de plus en plus l'objet de controverses, elle ne passe plus guère pour salutaire.

Pour la réalisation de cette double conception, la controverse n'a pas cessé d'agiter les régions haut-rhénales, l'Alsace et la Lorraine thioise en particulier, qui font aujourd'hui partie de la République française.

La lutte pour la réalisation de l'idée issue de la Révolution résonne toujours dans la politique française, un accord entre l'élément national et l'élément ethnique n'ayant pas pu être réalisé jusqu'ici. Ce problème, à résoudre évidemment par la France, peut pourtant être discuté par la science juridique internationale, surtout depuis que le général de Gaulle a porté cette discussion sur un terrain international, au Canada en particulier, qui connaît des conditions semblables à celles des Alsaciens et Lorrains sur le territoire français.

C'est donc ce problème qui fait l'objet du précédent article en langue allemande. Dans un premier chapitre, l'auteur expose l'évolution, dans le passé, de la lutte, engagée depuis l'époque de Louis XIV, entre les deux civilisations voisines, la française et la germanique, ce qui devait créer dans les territoires touchés une atmosphère très particulière.

A ces Régions, gouvernées alternativement par l'Allemagne et la France, les deux Etats ont prodigué leurs bienfaits, ils ont été responsables aussi de leurs malheurs. Le résultat de ces luttes a été l'éloignement de ces territoires de l'Allemagne, sans avoir jamais pu s'intégrer totalement à la France. Cet état de chose implique une certaine ambiguïté dans l'essence et le comportement des populations touchées.

Dans le chapitre suivant, l'auteur examine leurs ethnies — alémanique et franque — pour proposer une réponse à la question épineuse de leur nationalité.

L'auteur la traite avec soin et sollicitude, étant lui-même Allemand et ami de la France, ainsi que de l'Alsace et de la Lorraine en particulier.

Les Alsaciens et Lorrains thiois sont, dit-il, ce qu'ils entendent être eux-mêmes: ils entendent être de nationalité française, sans que toutefois les choses soient forcées. Ils exigent donc le respect de leurs traditions, de leur culture, de leur langue, de tout ce qui leur est propre.

Dans un troisième chapitre, l'auteur tire les conséquences de la réalité du particularisme des deux territoires.

Ce particularisme n'entend pas seulement être traité avec égard par quiconque, mais demande à être cultivé, d'où certaines revendications vis-à-vis des gouvernants, l'enseignement de l'allemand, en particulier, à côté de la langue nationale, dans les écoles de tous les degrés.

Cette conception, méconnue et mal comprise par les dirigeants français pendant près d'un demi-siècle, paraît trouver aujourd'hui la compréhension d'une grande partie de l'opinion publique française et même l'appui de ceux qui veulent bien se pencher sur le problème.

Un renouveau, après des années de léthargie, se fait sentir surtout en Alsace et en Lorraine, avec une acuité croissante, soutenu en particulier par le «Cercle René Schickele» spécialement créé récemment à Strasbourg et qui a repris le dialogue avec les autorités françaises, pour les amener à s'ouvrir aux grands courants du monde moderne et à la nécessité de préparer les deux provinces frontières à leur mission naturelle, celle de servir de trait d'union entre les deux grandes civilisations d'Europe.

(DDr. Johann W. Mannhardt, o. Univ.-Professor, D-78 Freiburg i. Br., Habsburgerstraße 27/IV, BRD)

Parallèle entre la Vallée d'Aoste et le Tyrol du Sud

Par Marc Lengereau

Une comparaison succincte entre la Vallée d'Aoste et le Tyrol du Sud, les seules minorités ethniques auxquelles l'Italie ait accordé un régime d'autonomie (aucun droit n'étant reconnu aux Ladins du Frioul), permettra de faire apparaître de grandes similitudes, mais aussi des différences profondes entre deux Régions autonomes nanties d'un statut spécial.

I. Géographiquement, Tyrol du Sud et Vallée d'Aoste sont tous deux des régions situées, l'une aux confins Nord et l'autre aux confins Nord-Ouest de l'Italie, sur le versant méridional des Alpes, aux pieds de hautes chaînes devenues récemment des frontières politiques. Végétation et climat, ici et là, sont analogues (sécheresse, douceur, ensoleillement relatifs) et contrastent dans une certaine mesure avec la végétation et le climat plus septentrionaux des versants opposés: l'on ressent une même différence lorsqu'on passe de Sallanches à Aoste et d'Innsbruck à Bozen.

Le Tyrol du Sud, cependant, n'est séparé du Tyrol demeuré autrichien que par le col du Brenner (1391 m.), franchissable toute l'année par route et aussi par voie ferrée (depuis 1867), alors que jusqu'en 1964, la Vallée d'Aoste n'était reliée à la Savoie et au Valais que par deux cols très élevés et enneigés 7 à 8 mois sur 12: le

Petit-Saint-Bernard (2188 m.) et le Grand-Saint-Bernard (2473 m.). Cette différence fondamentale explique la divergence des évolutions historiques.

Le Tyrol du Sud est nettement plus étendu et plus peuplé — 7700 km² et 250.000 habitants en 1919 — que la Vallée d'Aoste (3230 km² et 83.000 habitants en 1921). Il comprend une « minorité dans la minorité » ladine d'environ 13.000 âmes, alors que trois communes de la Vallée d'Aoste (quelques centaines de personnes seulement) parlent encore allemand.

II. L'histoire ancienne offre de grandes analogies: les deux régions appartiennent à une civilisation qui est la même de part et d'autre des Alpes (ce qui souligne le caractère artificiel et pernicieux de la théorie des frontières dites naturelles). La Vallée d'Aoste se rattache à un monde culturel commun à la Suisse romande et à la Savoie propre, parle (ou parlait) la même langue. Les autochtones y portent les mêmes noms. Jusqu'en 1919, le Tyrol du Sud a fait partie du « Land » historique du Tyrol, partie absolument intégrante d'un Etat transalpin dont l'unité s'est maintenue durant plusieurs siècles. Il est resté englobé de tout temps dans le Tyrol, alors que la Vallée d'Aoste préserva bien davantage son individualité au sein de l'Etat de Savoie, à côté de sa « sœur » la Savoie.

Une même mentalité de montagnards, un même passé de libertés locales réelles et défendues âprement du moyen âge au XVIII^e siècle, un même culte de l'indépendance, caractérisent les deux régions. Andreas Hofer et Emile Chanoux ont certes vécu à des époques très différentes, ils n'en sont pas moins morts tous deux pour une cause régionaliste, voire séparatiste (dans le cas de Chanoux).

III. La façon dont chacune des deux contrées est devenue italienne semble toutefois un facteur de différenciation essentiel.

La Vallée d'Aoste, berceau ou presque de la Maison de Savoie, fut d'abord le centre géographique du duché, à mi-chemin entre Chambéry et Turin. Suivant la destinée de ses souverains légitimes, elle se trouva progressivement délaissée par eux, son poids diminuant, en quelque sorte, à mesure que l'Etat s'agrandissait. D'abord située au sein du royaume de Sardaigne, en effet, elle se vit rejetée géographiquement à l'extrême Nord-Ouest d'un royaume d'Italie recouvrant toute la péninsule. Cette évolution néanmoins relativement naturelle s'est effectuée sans heurts profonds apparents.

Le Tyrol du Sud, au contraire, a été récemment, artificiellement et arbitrairement, détaché du « Land » dont il faisait partie, contre la volonté nettement exprimée de tous ses habitants, et annexé au lendemain d'une guerre à un Etat étranger. Il y a eu une rupture tout à fait brutale dans l'évolution de la contrée.

IV. D'une façon semblable, le régime fasciste s'est employé à dénationaliser Tyrol du Sud et Vallée d'Aoste. Il y a réussi le plus dans le cas de celle-ci, car il continuait seulement une oeuvre de longue haleine entreprise vers 1860, et rencontrait une résistance plus molle et surtout moins unanime.

Les habitants du Tyrol du Sud, quant à eux, fraîchement annexés, s'opposaient bien davantage aux Italiens de souche par leurs caractères nationaux et par leur langue (tout sépare les Allemands du Tyrol des immigrants italiens, alors qu'il existe un certain nombre d'affinités entre Savoie et Piémont). Aussi Mussolini employa-t-il, pour les réduire, des méthodes beaucoup plus rigoureuses.

Non seulement, comme en Vallée d'Aoste, il poursuivit une politique d'industrialisation et d'immigration intérieure, afin de « noyer » pour ainsi dire les autochtones,

mais encore, de collusion avec Hitler qui sacrifia à l'alliance italienne d'authentiques Allemands, il négocia le transfert en terre germanique de toute la population indigène du Tyrol du Sud (convention du 23 juin 1939): sur 247.000 Tyroliens, 213.000 optèrent pour l'Allemagne (n'eussent été des raisons d'opportunité, l'intégralité des habitants auraient ainsi plébiscité leur refus de demeurer italiens); 75.000 émigrèrent effectivement. 28 à 30% seulement retournèrent après la guerre dans leur pays d'origine: la proportion des allogènes s'en trouvait diminuée d'autant.

Depuis l'annexion, et surtout depuis 1945, les Tyroliens du Sud bénéficient du soutien actif de l'Autriche. Il existe un irrédentisme tyrolien soutenu par quelques groupements autrichiens. Au contraire, les Valdôtains, tout aussi « français » que peuvent l'être les Wallons ou les Suisses romands, n'ont jamais été (si ce n'est sous le 1^{er} Empire) ressortissants de l'Etat français, et ne se sont donc jamais considérés comme tels. Jamais Chambéry ni la France n'ont revendiqué la Vallée d'Aoste (sauf, d'une façon exceptionnelle, en 1944—1945). Certes, les Valdôtains ont tenu constamment à la langue française, mais sans qu'il ait jamais existé de rapports collectifs étroits entre la Vallée d'Aoste et la France « officielle »: ils se montraient surtout soucieux de voir respecter leurs libertés et leurs privilèges d'antan et n'avaient guère plus de raisons que les Valaisans, à titre d'exemple, de subir une politique tout compte fait « étrangère » d'italianisation continue et systématique.

V. Paradoxalement, étant donné les précédents historiques, le mouvement séparatiste qui se déclenche dans les deux régions à la fin de la dernière guerre prend plus de relief dans la Vallée d'Aoste que dans le Tyrol du Sud. Ici et là, il recouvre le pays en vagues tumultueuses, déchaîne les passions et provoque d'intenses débats à tous les échelons.

La question valdotaine se régle bien plus facilement et avec plus de discrétion parce que la France, qui avait osé occuper le pays militairement et encourager les « annexionnistes », fut unanimement blâmée. Les Anglo-Saxons et les Américains, Truman en particulier, la tancèrent vertement, et les autorités françaises, d'ailleurs partagées, furent obligées de faire marche arrière.

Les Italiens gagnèrent la bataille du Tyrol du Sud, au contraire, avec beaucoup plus de difficulté. Ils remportèrent la victoire surtout grâce à l'habileté consommée d'un De Gasperi, grâce à l'appui des Américains, à cause de la faiblesse d'une Autriche à peine renaissante et assez embarrassée par sa propre conscience, et moyennant l'internationalisation officielle du différend: l'accord de Paris austro-italien du 5 septembre 1946 constitue partie intégrante du Traité de paix signé le 10 février 1947 entre l'Italie et les puissances alliées. Cet accord consacre le caractère allogène du groupe de langue allemande du Tyrol du Sud.

VI. Autre paradoxe, le régime d'autonomie accordé par l'Italie en 1948 aux Tyroliens du Sud, malgré l'existence d'une garantie internationale très précise, s'avère dans l'ensemble plutôt moins avantageux que celui dont bénéficièrent les Valdôtains.

Certes, le statut de la Vallée d'Aoste concède une autonomie limitée, imparfaite, menacée, mais la Région constituée n'en forme pas moins une Région autonome propre, les noms de lieux y redeviennent exclusivement français, la langue française se voit reconnue officiellement et devient langue d'enseignement à côté de l'italien.

Le statut du Tyrol du Sud accorde bien des pouvoirs dans l'ensemble plus étendus à la Région à laquelle il se rapporte, mais celle-ci, précisément, est le

«Trentin-Haut-Adige» et englobe Allemands et Italiens du Tyrol du Sud, et aussi les Italiens du Trentin, de telle façon que les Tyroliens du Sud, majoritaires dans la Province de Bozen (226.953 avec les Ladins en 1951 sur une population de 311.039 habitants) se retrouvent minoritaires à l'intérieur d'une Région de 728.604 habitants dont 394.704 pour la Province de Trente. Ce jumelage de deux Provinces en une Région dénature en quelque sorte une autonomie qu'un traité international avait pourtant garantie, et pour cause, au seul groupe de langue allemande.

Les Tyroliens du Sud n'ont jamais accepté l'intégration de leur province dans la «Région Trentin-Haut-Adige» et ils dénoncèrent maintes fois par la suite les lacunes et les insuffisances de leur statut qui leur fut en fait imposé. Ils élaborèrent plus d'un projet de statut. Le dernier en date a été déposé en 1958 et en 1959 par les représentants du groupe sur le bureau des Chambres du Parlement italien.

Si le statut du Trentin-Haut-Adige institue des écoles allemandes et des écoles italiennes distinctes (système évidemment plus avantageux pour la langue locale que le système scolaire valdôtain), les noms de lieux restent d'abord italiens, ensuite seulement allemands (ainsi au-dessous des noms italiens sur les panneaux de signalisation, entre parenthèses sur les cartes géographiques). La langue allemande, dans le Tyrol du Sud, subit de la même manière que dans la Vallée d'Aoste la poussée tenace et continue de l'italien (immigration, nomination de fonctionnaires ne comprenant que celui-ci etc.), mais elle demeure encore, pour l'instant, infiniment plus vivante et plus répandue que le français dans la Vallée d'Aoste. Dans le Tyrol du Sud, l'allemand est la langue réelle, la langue maternelle de tous les autochtones, de la presse, de l'Eglise, de tous les milieux sociaux. Comme l'Italie reconnaît l'équivalence des diplômes universitaires conférés par les universités allemandes et autrichiennes, la majorité des étudiants de langue allemande du Tyrol du Sud font leurs études à l'étranger, surtout à Innsbruck — différence très nette avec ce qui se passe dans la Vallée d'Aoste.

VII. Une évolution générale analogue caractérise Tyrol du Sud et Vallée d'Aoste dans le domaine juridique: l'autonomie prévue par les textes initiaux subit en somme un semblable processus de dégradation continue, qui tient à la contradiction existant entre le principe même d'autonomie régionale plaqué sur un principe plus puissant de centralisation et d'unitarisme, et à la primauté constante de ce dernier principe, primauté que renforçaient jusqu'à maintenant des facteurs tenant à la stratégie politique sur le plan national.

En matière politique, la cohésion des Tyroliens du Sud s'oppose à l'état de division des Valdôtains. Les premiers donnent la très grande majorité de leurs suffrages (car les dissidences ne revêtent guère d'importance) au parti populaire sud-tyrolien. Une conscience minoritaire encore très forte anime les Allemands du Tyrol et le fossé qui sépare les deux groupes linguistiques reste, malgré un certain nombre de «ponts» (mariages mixtes etc.), manifeste et profond.

L'assimilation des esprits, en Vallée d'Aoste, va de pair avec l'agonie du français comme langue maternelle et langue instrumentale réelle.

L'immigration et l'industrialisation se poursuivent aussi lentement mais inexorablement dans l'une et l'autre régions.

On peut se demander au fond si, entre celles-ci, il n'existe pas tout simplement, dans une certaine mesure, une différence de degré d'évolution: le Tyrol du Sud se trouverait à un stade d'évolution moins avancé, ce qui expliquerait aussi qu'il offre

encore, dans l'arène politique, une capacité de résistance qui caractérise les forces jeunes engagées depuis peu...

VIII. Malgré nombre de traits communs dans l'évolution récente, en tout cas, on ne saurait parler de crise dans la Vallée d'Aoste où les débats les plus violents conservent un caractère pacifique et dont la portée ne dépasse guère, sauf en 1966, les frontières de la région. L'ouverture des tunnels doit permettre malgré tout d'envisager l'avenir avec un relatif optimisme.

Les événements ont pris depuis plusieurs années dans le Tyrol du Sud, au contraire, une tournure dramatique qui rend la situation actuelle tendue et alarmante.

Depuis 1955 approximativement, une série de procès, diverses affaires qui eurent un très grand retentissement dans les pays de langue allemande, l'apparition, l'extension et le maintien jusqu'à nos jours d'une activité terroriste, ont conféré au problème sud-tyrolien une acuité sans précédent, qu'une intense activité diplomatique n'a su encore dissiper, faute d'accord sur le fond entre les parties.

Sans doute la solution du problème du Tyrol du Sud réside-t-elle à court terme dans une cessation de la politique romaine traditionnelle de dénationalisation des minorités, politique dont l'Italie, certes, n'a pas le monopole (la France jacobine, elle, «ignore» les particularismes).

A moyen et à long terme, ne peut-on penser que seule une autorité supranationale pourra régler harmonieusement de semblables cas, dans le cadre juridique et politique d'une Europe fédéralisée?

(Marc Lengereau, *Les Geymonds, F-33 Villard-de-Lans*)

Zusammenfassung

Der Autor beschreibt kurz die Ähnlichkeiten und die Unterschiede zwischen Aostatal und Südtirol, den einzigen zugleich ethnischen und sprachlichen Minderheiten, denen Italien Autonomieverwaltung gewährt hat.

Die historische Evolution dieser beiden Regionen wird durch deren geographische Lage erklärt.

Die frühere Geschichte zeigt viele Analogien, aber jede ist auf besondere Weise italienisch geworden. Das Aostatal ist nach und nach von Frankreich verlassen und Italien einverleibt worden. Südtirol ist vom Land, zu welchem es gehörte, künstlich und willkürlich, gegen den Willen seiner Einwohner, am Ende eines Krieges, entrisen und von einem fremden Staat annektiert worden.

Es gelang dem faschistischen Italien leichter, das Aostatal zu entnationalisieren als Südtirol, eben weil ersteres schon länger Italien gehörte und daher weniger Widerstand leistete als letzteres.

Es werden dann die verschiedenen, u. a. wirtschaftlichen, sprachlichen und politischen Methoden beschrieben, die zur Italianisierung beider Regionen gebraucht wurden, sowie die Bewegungen dagegen, die in Südtirol weit stärker waren und noch sind als im Aostatal, hauptsächlich weil die Tiroler fester zusammen- und an ihre deutsche Sprache halten als die Einwohner des Aostatales, wo allmählich das Französische vergessen wird und wo alles fast krisenlos geht, wogegen in Südtirol die Ereignisse manchmal eine tragische Form annehmen.

Auf lange Sicht könnte nur eine übernationale Autorität, im juristischen und politischen Rahmen eines föderalisierten Europas, eine harmonische Lösung aller Fragen bringen.

Jubiläen

Weihbischof Dr. Adolf Kindermann 70 Jahre

Der in Königstein am Taunus residierende Weihbischof von Hildesheim, Titularbischof von Utimira, Univ.-Prof. Dr. Adolf Kindermann, Bischof der heimatvertriebenen katholischen Sudetendeutschen, vollendete am 8. August sein 70. Lebensjahr. Geboren am 8. August 1899 in Neugrafenwalde bei Schluckenau im böhmischen Niederland, besuchte er das Gymnasium in Mariaschein, stand im 1. Weltkrieg als Korporal an der italienischen Front und machte nach Kriegsende 1919 die Matura. Er oblag in Rom seinen theologisch-philosophischen Studien und an der Propaganda fidei waren unter anderem *Ottaviani*, *Rufini*, *Tardini* seine Lehrer. 1924 zum Priester geweiht, war er zuerst Kaplan im Duxer Kohlenrevier, studierte römisches und kanonisches Recht in Rom an der Gregoriana 1928—1931 und war Kaplan an der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell'Anima, legte nach dem Doktorat die Prüfung für die Advokatur an der Rota Romana ab, wurde Professor in Aussig und am Priesterseminar Leitmeritz und habilitierte sich 1933 an der Prager Deutschen Universität. Beim Internationalen Juristenkongreß in Rom hielt er das Referat „Kirche und Staat in der Tschechoslowakischen Republik“. 1937 nahm er einen Ruf für Kirchenrecht an die Prager Deutsche Universität an und lehnte einen Ruf für Rechtsgeschichte an die römische Rechtsfakultät San Appolinare ab. 1939 veröffentlichte er zu der seit 1848 immer wieder diskutierten Frage einer besseren kirchlichen Organisation des Sudetenlandes die Schrift „Kirche im Sudetenland“. Er baute ein deutsches Theologenkonvikt in Prag auf, das Zentralseminar für die deutschen Theologen in der Tschechoslowakei wurde und auch Ukrainer und Letten gastlich aufnahm. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde er 15mal von der Gestapo verhört und erhielt Seelsorge- und Reiseverbot. Nach dem Mai 1945 wurde er 4 Monate verhaftet und interniert und gründete nach Freilassung sofort sein Hilfswerk für die hunderttausende Deutschen in Internierungs- und Zwangsarbeitslagern. Der Leiter der vatikanischen Mission für Deutschland, der amerikanische Bischof *Münch*, verschaffte *Kindermann* ein Permis, so daß er die vieltausendbändige Bibliothek seines Prager Theologenkonviktes nach Königstein im Taunus bringen konnte. Dort baute der Doktor der Theologie, Philosophie, des römischen und kanonischen Rechtes und Universitätsprofessor *Kindermann*, Gymnasium, Konvikt, Seminar, philosophisch-theologische Hochschule, eine Reihe von wissenschaftlichen Instituten, wie Albertus-Magnus-Kolleg, Institut für Geistes- und Kirchengeschichte der Sudetenländer, das Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren und Schlesien, das Institutum Balticum, die Acta Baltica, das Chinesische Institut, das Haus der Begegnung, die Gästehäuser St. Michael und St. Georg und das Erholungsheim St. Johann in Brannenburg auf. Alljährlich und 1969 bereits zum 19. Mal hielt er in Königstein den Kongreß „Kirche in Not“ unter Teilnahme von Kirchenvertretern aus Ost und West ab. Die sudetendeutschen Priester hat er im Sudetendeutschen Priesterhilfswerk zusammengefaßt. In zahlreichen Institutionen ist er als Mitglied tätig. Kardinal *Frings* hat ihn 1959 zum Sprecher der sudetendeutschen Priester und Beauftragten der Fuldaer Bischofskonferenz für sudetendeutsche Fragen berufen, Papst *Johannes XXIII.* ernannte ihn zum Apostolischen Protonotar, und Papst *Paul VI.* nach dem Tode des letzten Prager deutschen Weihbischofs mit der Betrauung für alle katholischen Sudetendeutschen in der ganzen Welt zum Weihbischof von Hildesheim mit Sitz in Königstein. Bischof Dr. Adolf *Kindermann* hat nicht allein für sein so schwer heimge-suchtes sudetendeutsches Volk unvergängliches vollbracht, er ließ auch den geistigen Faden zur tschechischen und slowakischen Kirche nie abreißen. Er ist ein Mann wahrer Versöhnung und christlicher Gemeinschaft. Ad multos annos.

R.

Vom Leben der Volksgruppen

BELGIEN

Belgiens Deutsche und die Verfassungsreform

Der Plan der belgischen Staatsreform, Flamen und Wallonen in den zuständigen Staatsgebieten kulturelle Autonomie zu geben und aus den Senatoren des Gebietes für die Verteilung der Mittel des Kulturhaushaltes befugte Senatsräte zu bilden, führte auch zu einer Versammlung der Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens im Stadthaus von Eupen. Von 25 Bürgermeistern waren am 12. Februar 1969 auf Einladung von Senator *Louis* der Partei für Freiheit und Fortschritt 22 erschienen. Sie faßten eine Resolution, welche für den grundsätzlich bereits gebilligten deutschsprachigen Kulturrat die gleichen Rechte fordert wie für die künftig für die Kulturfragen der Flamen und Wallonen zuständigen Gemeinschaft Belgiens zu verhindern. Jede Diskriminierung der deutschen Gemeinschaft Belgiens zu verhindern. Der christlichsoziale Parlamentsabgeordnete *Willy Schyns* lehnte die Eupener Entschliebung als undurchführbar ab. Das aus den Kantonen Eupen, Malmedy und St. Vith bestehende deutschsprachige Gebiet zählt rund 60.000 Einwohner und gehört zum Regierungsbezirk Verviers der französischsprachigen Provinz Lüttich/Liège. — Außer dem leben deutschsprachige Einwohner, etwa 40.000, in der Provinz Belgisch-Luxemburg bei Arel/Arlon und in der Provinz Limburg bei Aubel.

Der Senatsausschuß über die Verfassungsrevision einigte sich am 22. Mai 1969 über den Verfassungsartikel 23, der vorsieht, daß die deutsche Sprache die Amtssprache im deutschsprachigen Teil Belgiens ist, „unter dem Vorbehalt der durch gesetzliche Bestimmungen vorgesehenen Verwendung der französischen Sprache“. Bereits durch die 1963 eingeführten Gesetze ist der Vorrang der deutschen Sprache in 25 Gemeinden Ostbelgiens festgelegt. Die von flämischer Seite gewünschte völlige Ausschaltung der französischen Sprache wurde nicht angenommen.

La querelle linguistique et l'armée

Pour la réalisation du «compromis linguistique» dans l'Administration belge, 14 hauts diplomates de langue maternelle française furent mis, au début de 1969, en congé avec traitement intégral pour une période indéfinie, et leurs postes furent occupés par des diplomates flamands. Dans l'armée également, des généraux de langue française furent mis en congé pour faire place à des officiers de langue flamande. Dans «Le Soir» de Bruxelles, le lieutenant-colonel *Guy Weber* critiqua la politique linguistique du gouvernement et le doyen des généraux en service, le général *Donay* parla, à la réception du début de l'année, chez le ministre de la défense *Segers*, d'un malaise au sein de l'armée. Le ministre lui-même prit pour la première fois, le 10 février 1969, officiellement position, dans une conférence de presse, au sujet des tensions provoquées par le problème des langues parmi le corps des officiers. *Segers* déclara qu'il établirait l'équilibre linguistique dans tous les postes de commandement de l'armée. Les unités d'armée flamandes devront être commandées par des officiers flamands et il proposera la mise à la retraite anticipée d'un certain nombre d'officiers supérieurs de langue française, du rang de général, avec le maintien de tous leurs droits. — A la fin de 1968, en Belgique, sur 242 colonels 88 seulement étaient flamands, sur 473 lieutenants-colonels 101, tandis que, dans l'ensemble de l'armée, les proportions étaient de 58,5% de Flamands et 41,5% de Wallons.

Incidents et progrès

L'agitation estudiantine des écoles supérieures belges a flambé plusieurs fois au cours de 1969. Dans la nuit du 7 mars, à Leuven/Louvain, la demeure privée du premier ministre *Eyskens* a été attaquée par des étudiants. Après des négociations ardues, on est arrivé à une entente sur la question de la réorganisation de l'université de Louvain, le 30 mai. Les Facultés de langue française de l'université catholique de Louvain recevront pendant dix ans, chaque année, 350 millions de francs belges pour le finance-

ment de leur transfert à Ottignies, dans le Brabant français. On discute encore au sujet du coût des bâtiments pour les 12.500 étudiants de langue française qui doivent s'installer à Ottignies. L'université flamande libre de Bruxelles, en construction, recevra 160 millions de francs chaque année pendant dix ans.

Lors d'un vote intermédiaire, le 14 mars 1969, la politique linguistique et culturelle du gouvernement *Eyskens* a été approuvée par 124 voix contre 54. La difficulté principale réside dans une formule pour le régime futur de six communes de la banlieue de Bruxelles originellement flamandes, où sont établis de nombreux francophones. Après un débat tumultueux, la loi-cadre de l'organisation économique régionale et de la décentralisation a été acceptée par la Chambre, comme première partie essentielle de la réforme constitutionnelle belge, le 20 juin 1969, par 111 voix contre 47. Les Conseils économiques pour la Flandre et la Wallonie, jusqu'ici organisations privées, reçoivent un statut officiel et, pour Bruxelles, on a établi un règlement en vertu duquel les districts flamands de la province du Brabant, ainsi que six communes de la banlieue bruxelloise dépendront du Conseil économique flamand, tandis que le Brabant wallon collaborera avec le Conseil économique wallon.

FRANKREICH

Zigeuner vor dem Europarat

Eine Abordnung von 40 Zigeunern aus Frankreich, Großbritannien, Irland, Schweden und Jugoslawien, unter Führung des Generalsekretärs der internationalen Zigeunervereinigung *Leula Rouda*, wurde Mitte Jänner 1969 vom Sozialausschuß der Versammlung des Europarates empfangen, welcher sich eben mit dem Problem der Zigeuner in 18 Mitgliedstaaten befaßt. In Europa leben derzeit über 2 Millionen Zigeuner, davon 350.000 in Jugoslawien, 328.000 in der Tschechoslowakei, je über 200.000 in Rumänien und Ungarn, 150.000 in Frankreich, um je 50.000 in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien. Die Zigeunerabordnung beschwerte sich über eine anhaltende Diskriminierung in verschiedenen europäischen Staaten, über Erschwerung der Selbstmachung und des Schulbesuchs der Kinder u. a.

Ende Februar überreichte der für die Zigeuner in der Gegend von Paris wirkende katholische Priester im Elysée-Palast eine Denkschrift mit Bitte um Erleichterung der Lebensbedingungen für die in Frankreich lebenden Zigeuner. Nur 20% der Zigeuner Frankreichs sind sesshaft, 60% wandern nur im Sommer, 20% wandern ganzjährig.

Am 12. Juli 1969 versammelten sich etwa 5000 Zigeuner in Banneux in den belgischen Ardennen, um über die Zukunft der Zigeuner Europas zu beratschlagen. Derzeit leben nach Angabe des Sekretärs der Internationalen Zigeunerkommission 12 Millionen Zigeuner in aller Welt. Davon seien ein Drittel Nomaden, ein weiteres Drittel Halbnomaden, während der Rest sesshaft wurde und sich zu assimilieren suche.

«Défense et promotion des langues de France»

Unter Vorsitz des Staatssekretärs für Information, *Joël Le Theube*, fand am 29. Jänner 1969 eine Arbeitssitzung für die Förderung der regionalen Sprachen beim französischen Rundfunk (ORTF) in Paris statt. Es waren Vertreter der „Défense et promotion des langues de France“ aus den Gebieten der Bretonen, Katalanen, Occitaner, Basken, dem Elsaß und Moselgebiet u. a. anwesend und nahmen die genauen Verpflichtungen zur Kenntnis, die der Staatssekretär und ORTF zugunsten der Einführung und Ausweitung der Sendungen in den verschiedenen Sprachen in den ethnischen Regionen übernommen haben. Es wurde aber auf die Nichteinhaltung früherer Versprechen hingewiesen und daß es notwendig sei, über Detailverbesserungen hinauszugehen. Die Frage der Sprachen müsse auf Regierungsebene gelöst und im ORTF, namentlich auch im Fernsehen, in regionalen Aufbau gelöst werden. Elsaß und Lothringen waren durch den René-Schickele-Kreis vertreten.

(«L'Ami du peuple», 2. Februar 1969)

Hat unser Dialekttheater noch eine Zukunft?

„L'Ami du peuple“, „Der Volksfreund“, befaßt sich mit Artikeln am 9. März und 27. April 1969 ausführlich mit dem Thema „Hat unser Dialekttheater noch eine Zukunft?“ Zuerst wird die Frage bejaht, daß es noch elsässische Dialektautoren gibt. Bei einem Wettbewerb vor einigen Jahren wurden nicht weniger als 34 Stücke eingesandt. Ebenso bejaht wird die Frage, ob es noch ein Publikum für Dialekttheater gibt. Das elsässische Theater Straßburg verzeichnete 1968/69 370 Neuabonnenten. Bildeten vor 6 Jahren noch Personen zwischen 50 und 60 Jahren den Stamm des Publikums, so findet man heute unter den Stammgästen immer mehr Leute zwischen 25 und 30 Jahren. Die über das ganze Elsaß verstreuten Dialektbühnen haben eine vielseitige Wintersaison aufgebaut. Weiter wird festgestellt, daß es auch noch genügend Schauspieler für die Dialektbühnen gibt.

Aus dem René-Schickele-Kreis

Der René-Schickele-Kreis aktiviert seine Bemühungen um die Zweisprachigkeit im Elsaß. Am 18. März 1969 hielt die Gruppe Mülhausen, St. Ludwig, Altkirch, Gebweiler und Thann in Mülhausen ihre konstituierende Generalversammlung ab. Dabei berichtete Prof. *Gabriel* über die bisherigen Bemühungen und behandelte Advokat *Kraehling* die geschichtliche Entwicklung des Deutschunterrichts im Elsaß. Am 31. Mai 1969 fand in Straßburg die Vollversammlung des René-Schickele-Kreises statt, bei der folgende Resolution angenommen wurde:

„Wir geben zu bedenken, daß die germanischen Sprachen bei uns mindestens seit dem 5. Jahrhundert gesprochen werden; daß die hochdeutsche Sprache bis 1853 die Unterrichtssprache war und bis 1940 als zweite Sprache gelehrt wurde; daß dieser Unterricht 1945 „provisorisch“ ausgesetzt wurde; daß die germanischen Dialekte trotzdem weiterhin die Grundsprache von etwa 80% der Bevölkerung bleiben; daß über 120 zweisprachige Kleinkinderschulklassen in der Gegend von Bordeaux in Betrieb sind und weitere eröffnet werden sollen; daß die Zweisprachigkeit dringenden wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht und den sozialen Aufstieg begünstigt.“

Deshalb verlangt die Generalversammlung des René-Schickele-Kreises: 1. die Ausdehnung des Experiments mit zweisprachigen französisch-deutschen Kleinkindergärten auf unsere 3 Departements; 2. die Wiedereinführung des Deutschunterrichts in den normalen Lehrplan der Grundschulen; 3. die Schaffung von Lyzeen europäischen Formats in unserer Region; 4. die Ausbildung von zweisprachigem Lehrpersonal, das dann auch eine seiner besonderen Qualifizierung entsprechende Bezahlung erhalten muß.“

Der René-Schickele-Kreis richtete vor dem ersten Wahlgang bei den französischen Präsidentschaftswahlen an alle Kandidaten einen Brief mit einer Dokumentation über die Sprachverhältnisse und bat um Stellungnahme zur Frage der Einführung zweisprachiger Kleinkinderschulen und Wiedereinführung des Deutschunterrichts in der Grundschule. Allein der Kandidat *Duclos* antwortete, und zwar zustimmend.

Neue Form des „L'Ami du peuple“

Mit der Folge Nr. 18 ihres 111. Jahrganges vom 4. Mai 1969 hat die ursprünglich als „Der Volksfreund“ erscheinende und nach den französischen Titelgesetzen seit 1945 als „L'Ami du peuple“ mit Untertitel „Der Volksfreund“ und seit 1958 neben der deutschen auch in einer französischen Ausgabe erscheinende katholische Wochenzeitung des Elsaß eine neue Form. Sie faßt nun die deutsche und französische Ausgabe zusammen, verstärkt den Umfang und sagt in einer Vorbemerkung an die Leser: „Damit tragen wir auch der Tatsache Rechnung, daß im täglichen Leben im Elsaß Deutsch und Französisch nicht getrennt sind. Täglich begegnet man beiden Sprachen. In seiner neuen Formel wird der „Volksfreund“ den Gegebenheiten unserer Region besser entsprechen. Französisch und Deutsch bestehen im Elsaß nebeneinander. In manchen Ländern wie in Belgien führt die Verschiedenheit in Sprache und Kultur zu Konflikten. Bei uns durchdringt und beeinflusst die eine Kultur die andere, mehr und mehr Personen verstehen beide Sprachen. Täglich erleben unsere Leser diese Nachbarschaft

von Deutsch und Französisch . . . Die Zweisprachigkeit ist ein großer Gewinn. Das Elsaß ist eine französische Provinz, deren Eigenpersönlichkeit zugleich in der französischen und in der rheinischen Umwelt sich zu entfalten berufen ist. Es wird von Tag zu Tag lebenswichtiger, zweisprachig, wenn nicht gar dreisprachig zu sein . . . Die neue Formel liegt in der Linie der Zukunft unserer Region, die es verstehen wird, so hoffen wir, den größten Nutzen aus der Tatsache unserer Zweisprachigkeit zu ziehen.“

Eine interessante Gegenüberstellung

„L'Ami du peuple“ („Der Volksfreund“) bringt in seinen Folgen vom 6. und 13. April 1969 zuerst die Hauptpunkte der dem Referendum am 27. April 1969 zugrunde liegenden Gesetzesvorlage über die Schaffung von Regionen und Erneuerung des Senates nach dem „Journal Officiel“ und in der nächsten Folge aus dem am 1. April 1924 von den elsässischen Abgeordneten Michel Walter, Brogly, Thomas Seltz, Brom, Henri Meck, Rossé, Elsässer, Bilger und Stürmel vorgelegten Gesetzesvorschlag zur Schaffung und Organisation einer elsässischen Region. In einer Einleitung bemerkt das Blatt, daß zwischen den beiden Weltkriegen alle Elsässer Abgeordneten und Senatoren auf diese Forderung einer Region Elsaß mit Verwaltungsautonomie schriftlich verpflichtet waren.

Interessant ist, daß bei der Volksabstimmung über Gebietsreform von den 21 Regionen, die in Gebietskörperschaften verwandelt werden sollen, nur 5 dafür stimmten. Es handelt sich um jene Departements, die auch sprachliche Wünsche haben: Bretagne, Normandie, die baskisch-katalanische Gegend in den Pyrenäen, die okzitanischen Gebiete im Zentralmassiv, Korsika, und mit den höchsten Ja-Stimmen Unterelsaß mit 68,2% und Oberelsaß mit 67,5%.

Eine seltsame Flugschrift im Elsaß

Unter der Überschrift „Elsaß gehört den Elsässern“ zirkulierte im Mai 1969 im Elsaß eine anonyme Flugschrift, welche für das Elsaß die Autonomie fordert und die die Unterschrift trägt: „Vorbereitender Ausschuß für Konstituierung der Autonomie im Elsaß“. Im Elsaß selber besteht der Verdacht, daß diese Flugschrift die Arbeit von Spitzeln ist, welche durch radikale Forderungen die Arbeit des jüngst gegründeten, sehr maßvollen René-Schickel-Kreises von vornherein diskreditieren soll. Schon hat die Pariser Zeitung „Le Monde“ (23. April 1969) die fünfseitige Broschüre aufgegriffen und angedeutet, daß hinter ihr separatistische Tendenzen stehen. Gerade eine so radikale Forderung, wie z. B. die, daß im Vereinswesen im Elsaß künftig nur noch die deutsche Sprache (nicht etwa die Elsässer Mundart) gebraucht werden dürfe, läßt in ihrer weltfremden Überspitztheit als nicht unmöglich erscheinen, daß die Schrift nicht von echten Elsässern verfaßt ist, sondern im Auftrag einflußreicher Auftraggeber künstlich überhitzte, in jeder Hinsicht unrealistische Forderungen aufstellt.

GROSSBRITANNIEN

Parlamente für Wales vorgeschlagen

Die Abteilung Oxford der walisischen Organisation „Grwp Ymchwil“ (= Forschungsgruppe) hat den Rohentwurf einer Verfassung für ein unabhängiges Wales vorgelegt. Vorher waren die Grundgesetze aller europäischen und Commonwealth-Staaten studiert worden. Der Entwurf sieht parlamentarisch-demokratische Regierung mit einem Zweikammersystem vor. Von den 120 Volksvertretern für das Unterhaus sollen 70 distriktweise („on a constituency basis“), die übrigen 50 proportionell auf national-walisischer Grundlage gewählt werden. Jeder Wähler soll dazu 2 Wahlzettel erhalten. Die zweite Kategorie ist unter anderem dazu da, kleinen Parteien, wie Liberalen und Kommunisten, zu ihrem Recht zu verhelfen, „and thus enrich the political life of the nation“, wie ein Mitglied der Forschungsgruppe in Zentralorgan der Plaid Cymru-Partei, „Welsh Nation“ im Februar mitteilte.

Ein Oberhaus ist als Gegengewicht gegen „unzureichend durchdachte Maßnahmen“ des Unterhauses vorgesehen. Die Mitglieder des Oberhauses werden ebenfalls in

2 Kategorien gewählt: Drei Viertel zu je 10 aus den „counties“ und „burroughs“ (oder bei Annahme der neuen Verwaltungseinteilung je 10 aus den dann 6 neuen Counties und je 15 aus den Städten Cardiff, Newport und Swansea). Die übrigen 40 der 50 Oberhausmitglieder wollen die Verfassungsentwerfer von einem Ständigen Ausschuß des Ober- und Unterhauses aus Massen- und Standesorganisationen wählen lassen. Man verspricht sich davon die Greifbarkeit von Experten aller Art bei der Gesetzgebung. Als Amtsdauer werden 12 Jahre für das walisische Oberhaus vorgeschlagen: jeweils soll ein Teil neugewählt werden. Für das Unterhaus sind 4 oder 5 Jahre als Wahlperiode befürwortet worden. Volksentscheide erfordern entweder eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus oder 100.000 Petitionisten. Der Entweder werde, so berichtete „Welsh Nation“, zur Zeit „auf höhere Ebene“ studiert. Die Plaid Cymru-Partei betrachtet ihn zunächst als Diskussions-Anreger.

Silvio van Rooy

Riots in Northern Ireland Continue

The struggle between Celts and Anglo-Saxons, between Catholics and Protestants, between the rich and the socially and politically neglected in Northern Ireland has its roots in the 17th century and the Presbyterian settlements which were founded at that time in the counties of Northern Ireland. This struggle is still going on, and the seriousness of the crisis became evident from the riots in Londonderry on Oct. 5, 1968 — which were encouraged by the Protestant zealot, the Reverend Ian Paisly — and from the conflict with the legally justified civil rights movement. Of the 1.5 million inhabitants of the county of Ulster half a million are Catholics. Among the 52 representatives in the House of Commons in Stormont there are 7 Catholics; 11 of the 12 representatives of Ulster in the British House of Commons are members of the Unionist Party. Whereas the Catholics are struggling for full equality their opponents are trying to restrict their opportunities by political, economic, and social discrimination.

Prime Minister Terence O'Neill, who stood up for a policy of reconciliation and legal equality, found himself more and more opposed by members of his group in the Unionist Party of which he himself is a member. When 13 of 26 representatives of this group were against his policy he decided for the dissolution of Parliament and fresh elections. In these elections on February 24, 1969 O'Neill received 7745 votes in his constituency, the Protestant leader Ian Paisly received as many as 6331 votes; 47 mandates of the 52 seats were to be decided upon by this election. 37 of them fell to the Unionist Party's share and the radicals retained their strength. The Irish Nationalist Party, which works for the reunion with the Republic of Ireland, lost 3 of its former 9 mandates and its leader Eddi McAteer was defeated by a candidate of the civil rights movement in Londonderry. The speech read by Governor Lord Grey at the opening of Parliament on March 4, 1969 contained the information that the government would stick to its program planning the improvement of the situation of the minorities. Prime Minister O'Neill also promised that a bill would be entered concerning the appointment of an ombudsman for Northern Ireland. In the debate following the opening speech the opposition parties declared that they would not rest until the government had realized the principle of „one man — one vote“ also as far as the local authorities were concerned.

In a by-election in the British House of Commons on April 18, 1969 the 21 year old student Bernadette Devlin, candidate of the civil rights movement, was elected in the constituency of Mid-Ulster with more than 4000 votes and defeated the candidate of the Unionist Party. On April 19, 1969 again heavy street-fights occurred in Londonderry, and acts of sabotage were committed in Northern Ireland. In a special session of the House of Commons on April 23, 1969 Home Secretary Callaghan emphatically asked the government of Northern Ireland to create equal rights for all. The first speech of the young, recently elected Bernadette Devlin in the House of Commons drew much attention; she demanded justice for the simple farmers, for the deprived minority in the back-yard of England, and for the suppressed, and she said „no Englishman has been born who understands the Irish people“. On the same day Prime Minister O'Neill with 28 against 22 votes obtained the consent to a reform of

the local election law from his party in Parliament. The civil rights movement demands just alterations concerning the borders of the individual constituencies, the abolition of a franchise based on class-distinction, the elimination of every discrimination where the distribution of habitations is concerned, and it demands equal rights for Catholics to get employed in the Civil Service.

Quite unexpectedly Prime Minister *O'Neill* retired from his office on May 28, 1969; on May 1, 1969 James *Chichester-Clark*, who stems from a family of colonists who came to Northern Ireland in the 17th century, was elected as *O'Neill's* successor with 17 votes (Brian *Faulkner* received 16 votes) by the Unionist Party of Northern Ireland. He promised to realize *O'Neill's* resolution on the introduction of universal suffrage. On May 7, 1969 his government granted general pardon for all offences committed in connection with the civil rights demonstrations during the last eight months. *Chichester-Clark* promised reforms of the local administration and the constituencies, and he announced the postponement of the local elections based on universal suffrage from May 1970 to the autumn of 1971. He also promised a just system for the distribution of habitations and the appointment of an ombudsman for Northern Ireland. On May 21, 1969 Prime Minister *Wilson* reminded *Chichester-Clark* that the Special Powers Act, which is still in force in Northern Ireland and which provides the government with special powers to arrest and intern persons without a decision from a court, should be abolished since it makes it impossible for Great Britain to join the European Convention of Human Rights without reservations.

Meanwhile serious riots have again occurred in Northern Ireland in the second half of July, and the situation has become even more complicated.

ITALIEN

Tagung bei den Slowenen in Friaul

In Speter Slovenov/San Pietro al Natisone fand am 5. Jänner 1969 die Tagung der italienischen Sektion der Internationalen Vereinigung zum Schutz bedrohter Sprachen und Kulturen statt, deren Vorsitz der isländische Nobelpreisträger Kiljan *Laxness* hat. Der Sekretär der Tagung, Dr. *Gustavo Buratti* erklärte, der Tagungsort sei gewählt worden, weil die Minderheit im friaulischen Venetien am stärksten zurückgesetzt und bedroht ist. Das Tagungsthema war vor allem die Lage der slowenischen Minderheit in Italien.

(„Delo“, 6. Jänner 1969)

In Cividale fand die Tagung des Kulturvereines der Slowenen des Natisone-Gebietes „Ivan Trinko“ am 2. Februar 1969 statt. Daß der Lebenswille der bisher rechtlosen Slowenen in Friaul Verständnis findet, bezeugten die Ausführungen des Regionalratsabgeordneten *Baracetti* aus Udine, des Sekretärs der friaulischen Autonomiebewegung *Carozzi* und seitens der Slowenen aus Triest von Gemeinderat *Dušan Hreščak*, *Rafko Dolhar* und *Miloš Kodrič*.

Streik der Görzer und Triester Professoren

Die slowenischen Professoren in Görz traten am 14. Februar 1969 in Streik, um gegen die Nichtdurchführung des Staatsgesetzes über die Errichtung slowenischer Schulen und ihre Tätigkeit von 1961 zu protestieren. In Triest fand der Streik am 20. Februar 1969 statt.

Neue Partei „Slovenska levica“

In Triest fand am 23. Februar 1969 die Gründungsversammlung der neuen Partei „Slovenska levica“ (Slowenische Linke) statt, die bisher in der Koalition „Slovenska skupnost“ (Slowenische Gemeinschaft) aufgetreten war. Es ist die achte Partei, die ganz oder teilweise slowenische Mitglieder hat.

(„Delo“, 24. Februar 1969)

Papst empfängt Zigeuner

Papst Paul VI. empfing eine Abordnung der Internationalen Zigeuner-Rechtsmission unter Präsident *Rudolf Karway* (Hamburg) in Sonderaudienz. Der Hl. Vater sagte materielle und moralische Hilfe zu und eine Empfehlung bei den Vereinten Nationen, wo sich die Zigeuner um einen UNO-Paß bemühen wollen, der ihnen bis zur Erlangung einer Staatsbürgerschaft ähnliche Rechte wie Flüchtlingen geben soll. Die Zigeuner-Rechtsmission, die ihren Sitz in Hamburg hat, wurde im Mai 1968 in Hamburg gegründet.

Ein Blatt für „Ljetzan-Giazza“

Der Germanist Prof. *Marco Scovazzi* von der Universität Mailand gibt zusammen mit dem Lehrer *Carlo Nordera* seit einiger Zeit die periodische Publikation „Ljetzan-Giazza“ heraus, das der Sprache und den Traditionen der zimbriischen Mundart der Ortschaft Gletzen (Giazza) in den 13 Gemeinden über Verona gewidmet ist.

Zeitschrift „Augusta“

Im Frühjahr 1969 erschien die erste Folge der Zeitschrift „Augusta“, herausgegeben von der „Association Augusta d'Issime“ unter der Patronage des Regionalassessorates des Aostats. Im Leitartikel bezeichnet sie die Rettung der schwindenden Mundart und eine zeitgemäße Verteidigung regionalen Erbguts auf wirtschaftlichem Gebiet als Ziel. Das Blatt verwendet deutsche, französische und italienische Schriftsprache und die walscherische Mundart. Abgedruckt sind auch die Statuten der „Association internationale pour la défense des langues et cultures menacées“, des „Augusta-Vereins“ in Issime und verschiedene andere Beiträge, darunter einer aus Alagna. Die Zeitschrift ist ausgezeichnet aufgemacht.

Crise persistante dans le Val d'Aoste

Dans la Région avec statut spécial du Val d'Aoste a éclaté, au début de mai 1969, une crise de gouvernement. Elle a été provoquée par le refus du Rassemblement valdôtain de remettre en discussion un projet de loi sur le remaniement des corporations locales, rejeté le 28 avril 1969 au Conseil régional dans un vote secret. Le Rassemblement valdôtain dissident compte deux députés et formait, dans le Parlement régional, avec 13 mandataires de la Democrazia cristiana et 4 socialistes, la coalition majoritaire du centre gauche. Pour la première fois depuis son existence, un projet de loi, soumis par l'Exécutif unanime, a été rejeté par l'Assemblée régionale. Il faut chercher la cause de ce différend dans la politique scolaire du gouvernement central à Rome où, au Parlement, une proposition d'amendement contre la suppression de l'épreuve obligatoire de français aux examens d'Etat fut refusée par les représentants des partis du centre gauche.

En présence de seulement 17 conseillers régionaux sur 35, soit 6 de l'union valdôtaine, 8 de l'extrême gauche, 2 libéraux et le président de l'Assemblée régionale, le professeur *Montesano*, socialiste, et en l'absence des représentants du Centro sinistra, des 13 démocrates chrétiens, de 3 socialistes et 2 représentants du Rassemblement valdôtain, le président déclara, vu ces absences, l'invalidité de la séance, mais accepta une proposition de méfiance des libéraux contre le gouvernement qui ne s'était pas retiré malgré la crise. Cette séance exigea, le 6 juin 1969, le débat sur cette proposition de méfiance dans les quinze jours. Le 19 juin, le gouvernement régional démissionna. C'est seulement au début d'août 1969 que reprurent les consultations des partis de la coalition, qui furent cependant aussitôt interrompues, parce que le Rassemblement valdôtain se retira des négociations. Le torchon continue de brûler dans la Région en majorité de langue française, tant que les exigences fondées des autonomistes ne sont pas exaucées.

JUGOSLAWIEN

10 Jahre „Népujság“ in Murska Sobota

Anfang Jänner vollendete sich ein Jahrzehnt seit Beginn des Erscheinens des Organs für die rund 10.000 Einwohner magyarischer Nationalität in Murska Sobota/Murazombat/Olsnitz.

(„Delo“, 15. Jänner 1969)

Kärntner Slowenen in Slowenien

Zu einem zweitägigen Besuch weilten am 24. und 25. Jänner 1969 Vertreter des Volksrates der Kärntner Slowenen und des Verbandes slowenischer Organisationen Kärntens in Laibach. Dr. Zwitter und Dr. Vospernik gaben ein Bild der Lage der slowenischen Minderheit in Kärnten und trugen ihre Anliegen vor. Der Präsident des Vollzugsrates der Sozialistischen Republik Slowenien Stane Kavčič sicherte Unterstützung Sloweniens für die Minderheit zu.

Kulturrat der Provinz Vojvodina

In Novi Sad/Neusatz wurde ein Kulturrat für die autonome Provinz Vojvodina eingesetzt. Dieser hat auch Lehrpläne für die Schulen und den Unterricht in der Muttersprache vorzuschlagen. Seine Beschlüsse werden in serbokroatischer, ungarischer, slowakischer, rumänischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

(„Delo“, 5. Februar 1969)

Die Stellung der Zigeuner

Der in Belgrad nun gegründeten Gesellschaft für Bildungs- Wissenschafts-, Kultur- und Sozialfragen „Rom“ als nationale Organisation der Zigeuner sollen ähnliche Gesellschaften in ganz Jugoslawien folgen. Beabsichtigt ist die Herausgabe einer Zeitschrift „Romano lil“, einer Zeitschrift „Rom“ und eines „Teatro Romano“. Nach der Zählung von 1953 leben 84.713 Zigeuner in Jugoslawien, Schätzungen geben bis zu einer Million an, da bei Volkszählungen viele sich den Nationalitäten, unter denen sie leben, zuzählen. Bereits vorher hatten die in der Provinz Kosovo lebenden Zigeuner in einer Eingabe an die Verfassungskommission, in der sie Regelung ihrer Stellung als Volksgruppe fordern, ihre Zahl im Kosovo mit 200.000 angegeben.

(„Vjesnik u Srijedu“, 18. Juni 1969)

MITTELDEUTSCHLAND

„Neue Heimat“

Pflege der deutschen Kultur und Sprache in ähnlicher Zielsetzung wie der in vernationalsozialistischer Zeit wirkende Verein für das Deutschtum im Ausland nennt die Organisation „Neue Heimat“ mit ihrer unter den Deutschen im Ausland Europas und Übersee verbreiteten gleichnamigen Zeitschrift als ihr Ziel. Präsident der Vereinigung ist der Schriftsteller Ludwig Renn, Sekretär der SED-Parteifunktionär Egon Ehrlich. Die Zeitschrift erscheint zweimal monatlich in einer Auflage von rund 100.000 Exemplaren. Außerdem wird ein Heimatatmanach jährlich herausgegeben, der im Zeichen der Heimat- und Volksverbundenheit steht. Der Jahresetat der Vereinigung betrug 1965 40 Millionen DM.

(FAZ, 3. April 1969)

Die Lage der Sorben

„Bürger der DDR sorbischer Nationalität haben das Recht zur Ausübung ihrer Sprache und Kultur. Die Ausübung dieses Rechtes wird vom Staate gefördert“, heißt Artikel 40 der Verfassung. 700 Delegierte der Sorben oder Wenden versammelten sich am 15. Februar 1969 in Bautzen/Budissin zum 7. Bundeskongreß und bekräftigten ihre „gleichberechtigte Entwicklung und die Förderung ihrer Sprache und Kultur als Ausdruck der schöpferischen Verwirklichung des Marxismus-Leninismus auf dem Ge-

biete der Nationalitätenpolitik der DDR“. Wurden 1925 noch 62.000 Sorben im Gebiet um Bautzen und Hoyerswerda gezählt, so derzeit 38.000. In 102 Gemeinden stellen Sorben den Bürgermeister. Der sächsische Landtag beschloß bereits 1948 ein Sorbengesetz. Es besteht Zweisprachigkeit bei Ämtern, sorbischer Schulunterricht und der Sender Cottbus strahlt auch Sendungen in sorbischer Sprache aus.

ÖSTERREICH

Drei tschechische Bezirksräte in Wien

Auf der sozialistischen Liste wurden bei den Gemeinde- und Bezirksratswahlen in Wien am 27. April 1969 in die Bezirksvertretung des 3. Bezirks Josef Bruha, im 16. Ludvik Kolín und im 20. Josef Holub gewählt. Damit sind 3 tschechische Bezirksräte gewählt.

Von den Kroaten im Burgenland

Im Wiener Parlament sprach Jan Stieredzki aus Prag mit dem sozialistischen Abgeordneten, Bürgermeister Fritz Robak, der Vertreter der burgenländischen kroatischen Volksgruppe ist. Der Bürgermeister von Steinbrunn erzählte, daß es im Burgenland 39 Gemeinden fast geschlossener kroatischer Einwohnerschaft und insgesamt 37.000 Kroaten gibt, weitere 7000 leben in Wien. „Heute hat unsere Minderheit keinen direkten Kontakt mehr mit Jugoslawien. Wir sprechen zwar noch eine andere Sprache, fühlen uns aber als volle österreichische Bürger. Der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages von 1955 gibt uns volles Recht auf einen Unterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache. Augenblicklich wird kroatisch noch als zweite Unterrichtssprache an 39 Volksschulen von rund 3200 Schülern gelernt. Wir haben einen eigenen Kulturverein ‚Hrvatsko Kulturno društvo‘ und unsere Wochenzeitung ‚Hrvatske novine‘. Unsere Sprache ist jedoch archaisch geworden, ausschließlich benutzen sie nur noch unsere ältesten Bürger. Im Gegensatz zur vielleicht mehr politisch gefärbten Minderheitenfrage in der CSSR ist die unsrige eine rein soziale Frage geworden. Auf der sozialen Stufenleiter können unsere Menschen nämlich um so leichter fortkommen, je besser sie deutsch anstatt serbokroatisch können. Deswegen haben immer weniger Eltern Interesse am kroatischen Unterricht ihrer Kinder.“

(„Volkszeitung“, 10. Jänner 1969)

Die kroatische Gemeinde Siegendorf hat, wie Abg. Robak auf einer Bürgermeister- Informationskonferenz der sozialistischen Partei mitteilte, gegen das burgenländische Pflichtschulhaltungsgesetz beim Verfassungsgerichtshof eine Beschwerde eingebracht. Diese ist verursacht im Wunsch vieler Eltern, daß ein Schüler nur mit Willen der Eltern Kroatisch als Unterrichtssprache erlernen oder als Unterrichtssprache gebrauchen dürfe. Um dies zu vermeiden, schicken kroatische Eltern vielfach ihre Kinder in Schulen der deutschen Nachbargemeinden.

(„Die Presse“, 24. März 1969)

Der Hauptausschuß des Kroatischen Kulturvereins (Hrvatsko kulturno društvo), der in 40 Ortsgruppen 6000 Mitglieder zählt, befaßte sich mit den Vorfällen bei der Diskussion des Schulorganisationsgesetzes im burgenländischen Landtag am 16. Juli 1969 und protestierte gegen die unfreundliche Haltung der Sozialisten gegen die berechtigten Wünsche der Minderheit. Den Sozialisten ist auch die vom Unterrichtsministerium dem Kulturverband gewährte Subvention in Höhe von 500.000 Schilling ein Dorn im Auge.

(„Die Presse“, 7. August 1969)

POLEN

Noch 30.000 evangelische Deutsche

Unter den 120.000 evangelischen Christen in Polen heute sind noch etwa 30.000 Deutsche. Für die verstreuten deutschen Restgemeinden in Hinterpommern und Niederschlesien ist Deutsch als Gottesdienstsprache zugelassen.

(„Lutherischer Weltbund“)

Nationalitäten in Polen

In Polen leben derzeit neben einer schwankend angegebenen Zahl von Deutschen rund 180.000 Ukrainer, 170.000 Weißrussen, 30.000 Juden, je 20.000 Slowaken und Russen, 12.000 Zigeuner, je 10.000 Litauer, Griechen und Mazedonier und 3000 Tschechen.

RUMÄNIEN

Nationalitäten im Parlament

Bei den Parlaments- und Volksrätewahlen in Rumänien am 3. März 1969 gaben rund 12,8 Millionen Wähler ihre Stimme ab und es wurden 465 Abgeordnete in die große Nationalversammlung und 165.000 Vertreter in die Volksräte der Kreise, Städte und Gemeinden gewählt. Unter den 465 Parlamentariern sind 41 magyarischer, 12 deutscher und 9 anderer Volkszugehörigkeit.

(„Agerpres“)

Deutsche Kulturarbeit im Banat

An der Universität von Temesvar/Timisoara arbeitet eine Gruppe von Mundartforschern an einem Wörterbuch und am Sprachatlas der Mundart der Banater Schwaben. Der Leiter der Germanistischen Abteilung der Universität, Prof. Dr. Stefan Binder, wünscht sich Ausbildung einer Fachkraft für Mundartforschung an einer Auslandsuniversität zur Vertrautmachung mit den modernen Methoden auf diesem Gebiet. Eine breite Publikation der Forschungsergebnisse käme nach Meinung von Prof. Binder der Weiterführung der Forschungsarbeiten sehr zugute.

In letzter Zeit erstanden eine Reihe von Chorvereinigungen der deutschsprachigen Staatsbürger in Rumänien wieder, so der Schubert-Chor im Banat, der Paul-Richter-Chor in Kronstadt und der deutsche Volksliederchor in Hermannstadt in Siebenbürgen.

(IFA)

SCHWEIZ

Für Graubündens Italienische Talschaften

Der Bundesrat genehmigte am 6. Juni 1969 die vom Kleinen Rat des Kantons Graubünden beschlossene Verteilung des Bundesbeitrages von 60.000 Fr. zur Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Eigenart der Talschaften italienischer Sprache an „Pro Grigioni Italiano“, „Società Culturale di Bregaglia“ und „Almanacco di Mesolcina e Calanca“.

Französischsprachige Schule in Bern

Die 1947 gegründete französischsprachige Schule in Bern wurde in eine öffentliche Kantonschule umgewandelt. Ihre Notwendigkeit ist durch die Anwesenheit von Bundesangestellten französischer Sprache in Bern unbestritten. Die gegenwärtig von 304 Schülern besuchte Schule hat als Lehrkörper einen Direktor, 7 Primar-, 5 Sekundar-, 5 Hilfslehrer und 1 Kindergärtnerin. Der Kanton Bern trägt je Besoldung einer Lehrkraft 2000 Fr. und einen Betriebskostenbeitrag von 145.000 Fr., die Stadt Bern trägt weitere 67.000 Fr. der Betriebskosten und der Bund 115.000 Fr. Das Recht der Bundesbediensteten französischer Sprache, ihre Kinder in der Muttersprache auszubilden zu lassen, begründet auch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts.

(„NZZ“, 21. Mai 1969)

50 Jahre „Chasa Paterna“

Das rätoromanische Wiedererwachen erreichte 1919 durch die Gründung der Lia Rumantscha einen Höhepunkt. Nachdem seit 1886 die „Annalas da la Società Reto-

rumantscha“, die Monumentalwerke „Dicziunari rumantsch grischun“ und „Rätisches Namensbuch“, seit 1897 „Ischi“, seit 1911 „Chalendar Ladin“ und ab 1912 „Dun da Nadal als infants ladins“ und 1891–1893 und wieder seit 1921 „Nies Tschespet“ erscheinen, wurde 1919 die volkstümliche Engadiner Schriftenreihe „Chasa Paterna“ begründet durch den Kaufmann Job Clos Brunner in Lavin. Bisher sind 88 Bändchen in rätoromanischer Sprache in der Reihe „Chasa Paterna“ erschienen.

(„NZZ“, 15. Juli 1969)

Beitrag für das Rätoromanische

In der Dezembersession 1968 erhöhte der eidgenössische Rat den Bundesbeitrag an die Lia Rumantscha/Lia Rumantscha auf 190.000 Fr. Der Kantonsrat erhöhte darauf in der Frühjahrsession 1969 den vom Kanton Graubünden gewährten Jahresbeitrag von 80.000 auf 120.000 Fr.

Jurafrage — Bericht der „Kommission der Guten Dienste“

Die Jurafrage stand auch im ersten Halbjahr 1969 in Diskussion. Die unter Leitung von Alt-Bundesrat Dr. Max Petitpierre stehende „Kommission der guten Dienste für den Jura“ hielt weiter zu den verschiedenen Gruppen in Kanton Bern Kontakte. „Jura libre“ veröffentlichte am 29. Jänner 1969 eine Antwort des Rassemblement Jurassien auf den Brief der Kommission vom 31. August 1968, in welcher auf die grundsätzliche Haltung der Bewegung aufmerksam gemacht wird, und zwar: „a) Wir sind der Meinung, daß die Fragen des Vorgehens, der Marschroute und der Selbstbestimmung das Hauptziel jeder Verhandlung werden müssen; b) die Verhandlungen in Gegenwart und unter Führung von nichtbernischen Vermittlern stattfinden müssen. Kontakte mit der bernischen Regierung, ihren Experten oder ihren Bevollmächtigten werden nur möglich, wenn der bernische Große Rat das Prinzip der Vermittlung akzeptiert, indem er seine Haltung von 1965 revidiert. Das Rassemblement Jurassien lehnt Verhandlungen nicht ab . . . Wir bitten Sie daher, unsere Resolution von 1967 und 1968 nachzulesen . . .“

Es kam in den nächsten Wochen zu weiteren Äußerungen: Mitte Februar von Nationalrat Jean Wilhelm in Nyon, am 7. März 1969 von Roland Béguelin, Roger Schaffter und André Cattin in Lausanne (vgl. „Europa Ethnica“, 1969, S. 88) und auch der Bischof von Basel, Anton Haenggi, nahm im Fastenhirtenbrief erstmals in der Jurafrage Stellung, nachdem er zuvor in Delémont/Delsberg eine Konferenz gehalten und seit Herbst mehrfach im Sinne der Mäßigung, Toleranz und Verständigung Initiativen unternommen hatte. Auch im Bernischen Großen Rat und in der Jurassischen Deputation kam es zu Erörterungen. Am 15. Mai 1969 tagte die Kommission der guten Dienste, der Dr. Max Petitpierre, Prof. Dr. F. T. Wahlen, Dr. R. Broger und P. Graber angehören und schloß ihren ersten Bericht über die Jurafrage ab. Die Organisation des Rassemblement Jurassien wurde weiter gestrafft. Auch die antiparitätistische Union des Patriotes Jurassiens und die Zwischenparteiliche Gruppierung für die kantonale Einheit waren weiter tätig und wandten sich am 24. Mai 1969 mit einem Brief an den Bundesrat, National- und Ständerat und die kantonalen Regierungen und forderten eine Volksbefragung im Jura.

Die Kommission der guten Dienste für den Jura legte am 9. Juni 1969 ihren ersten Bericht der Öffentlichkeit vor, der in gedrängter Form eine klare Analyse des Juraproblems ist und abgewogen der Viel- und Weitschichtigkeit des Problems entsprechende Empfehlungen erteilt. Eine Volksabstimmung über das Juraproblem wird als unerlässlich bezeichnet. Die Jurassier sollen entscheiden, ob ihr Gebiet mit einer gewissen Autonomie in den Berner Kantonsgrenzen verbleiben oder vom Kanton Bern abgetrennt und ein selbständiger Kanton werden soll. Es soll die Möglichkeit eines Jurastatus geprüft, nach dem grundlegenden Volksentscheid weitere Abstimmungen im Nordjura, Südjura und im deutschsprachigen Amtsbezirk Laufen abgehalten werden. Es ist ein kompliziertes Verfahren vorgesehen, welches dem komplexen Charakter der Jurafrage Rechnung trägt. Bundesrat Petitpierre betonte, daß der Bericht keine Expertise, sondern einen politischen Rapport darstelle, in dem die jurassische Frage vom

jurassischen, bernischen und eidgenössischen Standpunkt aus durchleuchtet wird, um eine dauerhafte Lösung zu finden. Das vorgeschlagene Jurastatut soll den Jurassien die Eigenfindung ihres Weges ermöglichen und aus der Sackgasse herausführen.

Unmittelbar darauf erklärte Roland *Béguelin*, der Generalsekretär des Rassemblement Jurassien, er halte sich der Stellungnahme, diese werde beim 22. Fest des jurassischen Volkes am 22. September 1969 erfolgen. *Béguelin* äußerte sich in einem Vortrag „Separatismus und europäische Integration“ im Rahmen der Studentischen Arbeitsgemeinschaft für europäische Fragen am 16. Juni 1969 in Zürich: „Die Errichtung eines eigenen Kantons ist für die Jurassier die einzige Möglichkeit, der Vorherrschaft und dem Imperialismus Berns zu entkommen.“ In der Diskussion ergab sich, daß seine Einstellung zum Jurabericht der „vier Weisen“ grundsätzlich positiv ist. Hingegen sei in der Frage des Plebiszites der Standpunkt des Rassemblement Jurassien und der Berner Regierung vollständig entgegengesetzt, erklärte *Béguelin* am 8. Juli 1969. Die bernische Regierung stimmte am 10. Juli 1969 in allen wesentlichen Punkten den Empfehlungen der Kommission der guten Dienste für den Jura zu und erklärte sich bereit, ein Jurastatut mit größerer Eigenständigkeit auszuarbeiten und die vorgeschlagene Folge von Abstimmung ins Auge zu fassen, die über die Stellung des Jura entscheiden sollen. Der nächste Schritt liegt nun beim Großen Rat und den Parteien. Jedenfalls zeigen sich nun Ansätze für die Lösung der Jurafrage.

Tagung der A.L.D.L.C.M. in Domat/Ems

Am 27. Juli 1969 fand in Domat/Ems im gemischtsprachig rätoromanisch-deutschen Teil des Kantons Graubünden eine Tagung der Internationalen Vereinigung zum Schutz der bedrohten Sprachen und Kulturen (A.L.D.L.C.M. — Association internationale pour la défense des langues et cultures menacées), Sitz Issime, Region Aostatal, bzw. Universität Turku/Åbo, Finnland, statt. Da der Präsident dieser zahlreichen, vor allem romanischsprachige Persönlichkeiten umfassenden Organisation, die nicht zuletzt den Regionalismus pflegt und nicht etwa eine Volksgruppenorganisation ist, Prof. Dr. Pierre *Naert*, Universität Turku/Åbo, seit längerem schwer erkrankt ist und auch aus familiären Gründen verhindert war, übernahm Einladung und Leitung der Tagung der Vizepräsident Guiu *Sobiela*, ein Exilkatalane aus der Schweiz. Mit besonderer Genugtuung wurde vermerkt, daß der Einladung auch der bekannte okzitanische Universitätsprofessor und Vorkämpfer des Regionalismus, Robert *Lafont*, Universität Montpellier, gefolgt war. Ferner war als Gast auch anwesend der Mitherausgeber von „Europa Ethnica“, Prof. Dr. Theodor *Veit*. Mit besonderer Verve hatte die Tagung vorbereitet und gefördert Dr. Gustavo *Buratti* (Burat) aus Biella/Chiavazza. Unter den Teilnehmern waren mehrere, die über ihre bestimmten Sprach- und Mundartgruppen Referate hielten, so Boris *Pahor*, Schriftleiter der slowenischen Kulturzeitschrift in Triest „Zaljev“, Dr. P. *Ratti*, Lia Rumantscha, Maloja, Gustavo *Malan* aus dem Piemont (Turin), Barbo Coni *Boudrié*, Friaise/Frassino (Cuneo), als Vertreter der dortigen okzitanischen Sprachgruppe. Sehr beifällig aufgenommen wurde ferner die Anwesenheit von Nazario *Nazzari* aus Turin, der kürzlich im neuen italienischen enzyklopädischen Wörterbuch (Grande Dizionario Enciclopedico), in Band VIII (Fin—Cer), die minderheitenrechtlichen Kapitel über die Friesen, die Galicier in Spanien, die Waliser in Großbritannien, und über Deutschland bearbeitet hat. Im übrigen nahmen an der Tagung vor allem Vertreter der Okzitanier, der Piemontesen, Sarden und Corsen, Rätoromanen sowie Exil-Magyaren teil. Am Vorabend gab die Lia Rumantscha/Ligia Rumantscha einen Heimatabend. Ergebnis der Tagung war, eine Bestandsaufnahme der bedrohten Sprachen vorzunehmen und durch entsprechende gegenseitige Informationen die Kenntnis von deren Lage zu verbreiten.

SOWJETUNION

Krimtataren vor Gericht

Die Krimtataren kamen im 13. Jahrhundert mit der Goldenen Horde nach Rußland, von der sie sich abspalteten und 1439 auf der Krim niederließen, wo sie ein

Chanat bildeten. 1918 wurden sie unter Lenin als autonome Sowjetrepublik konstituiert, nahmen erst 1929 statt der arabischen lateinische Schriftzeichen an, bis ihnen 1939 die zyrillische Schrift auferlegt wurde. Die über 200.000 Krimtataren stellten 23% der Bevölkerung der Krim dar, als sie im Mai 1944 von Stalin wegen angeblicher Kollaboration mit den Nationalsozialisten in die Steppen Mittelasiens verfrachtet und aller Rechte entkleidet wurden. Fast die Hälfte der Deportierten kam ums Leben, der Rest lebte rechtlos und wurde erst 1957 vom Status der Verbannten befreit und 1967 von der Beschuldigung des Vaterlandsverrats rehabilitiert, jedoch wurde ihnen das Recht zur kollektiven Rückkehr in die Heimat verweigert. Dies aber fordern sie seit 1964 immer wieder und im Mai 1968 begaben sich mehrere hundert Krimtataren zur Demonstrierung ihrer Forderungen nach Moskau, wo sie verhaftet und nach Mittelasien zurückgebracht wurden.

Wegen ihres Eintretens für die Rechte ihres Volkes und weil angeblich nicht 46%, sondern nur 22% bei der Deportation umgekommen seien, wegen antisowjetischer Agitation, Propaganda und Verleumdung, wurden 11 führende Vertreter der Krimtataren vor Gericht gestellt. Der für den 23. April 1969 in Simferopol auf der Krim gegen den Agraringenieur *Gamer Bajev* anberaumte Prozeß wurde wegen Erscheinens von zahlreichen Krimtataren auf den 4. Mai 1969 verlegt und tags darauf wurde *Bajev*, der die Heimkehr seines Volkes in sein altes Siedlungsgebiet gefordert hatte, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf einer Pressekonferenz in Moskau hatte der Vorsitzende des Nationalitätensowjets *Paletzki* am 11. April 1969 erklärt, daß die Krimtataren auf Grund ihrer Rehabilitierung das Recht zur Rückkehr in die angestammte Heimat besäßen, jedoch müßten sie sich dort vorher Arbeit und Wohnung verschaffen.

Bereits seit geraumer Zeit wude damals in der usbekischen Hauptstadt Taschkent der Prozeß gegen die Sprecher der Krimtataren vorbereitet, das Anklagematerial gegen 10 Angeklagte umfaßte 20 Bände und es wurden 500 Zeugen aufgebeten. Am 7. Mai wurde in Taschkent der 63jährige Generalmajor *Pjotr Grigorenko* verhaftet, der dem Prozeß gegen die Krimtataren beiwohnen wollte. Am 6. Juni forderten Krimtataren in Moskau mit Spruchbändern die Rückkehr in die Heimat und Freiheit für *Grigorenko*; sie wurden nach kurzer Haft wieder freigelassen. Im Juni begannen dann der Prozeß gegen die Sprecher der Krimtataren. Er endete am 10. August 1969 mit Verurteilungen zwischen 3 und 1 Jahr. Das Verfahren gegen die Krimtataren ist ein Zeichen der Ratlosigkeit gegenüber dem wachsenden Nationalbewußtsein der nicht-russischen Völker der UdSSR. Die Krimtataren zählen heute, trotz ihrer so schweren Verluste, infolge ihres Kinderreichtums wieder an 300.000 Menschen.

Nationalitätenprobleme in der UdSSR

Die „Prawda“ rügte am 24. Jänner 1969 die Parteiorgane Litauens, daß sie den Kampf gegen „Überbleibsel der bürgerlichen Ideologie“, besonders gegen den Lokalpatriotismus nicht wirksam genug führen. „Noch trifft man Menschen, welche die große Kraft der gegenseitigen brüderlichen Hilfe der Völker unseres Landes und die Bedeutung des Austausches der Kader zwischen den Völkern der UdSSR unterschätzen. Sie drücken ihr Mißtrauen gegenüber den fremdvölkischen Kadern aus und verhalten sich unobjektiv zu anderen Nationalitäten“, schreibt die „Prawda“, und weiter: „Die besondere Gefahr nationalistischer Überbleibsel besteht darin, daß sie sich mit der Politik der Partei maskieren . . . Der Lokalpatriotismus kann wie das Bemühen aussehen, das Erbblühen der eigenen Republik zu ermöglichen. Das Mißtrauen gegenüber fremdvölkischen Kadern kann sich als gesetzmäßiges Bestreben ausgeben, die eigenen nationalen Kader heranzuziehen.“

Im Januarheft der Zeitschrift „Partijnaja Schisny“ („Parteilieben“) schreibt der erste Sekretär der litauischen KP *Smetschku*: „Die imperialistische Propaganda, die bürgerlichen Nationalisten im Westen, schreiben viel über sogenannte Russifizierung. Wir sehen unsere Pflicht darin, allen Versuchen eine Abfuhr zu geben, welche die nationalen Beziehungen in der UdSSR verfälschen. Wir entlarven die, welche den Versuch der massenhaften Erlernung der russischen Sprache verzerren. Es ist gut bekannt, daß die Sowjetvölker neben ihrer Muttersprache auch die russische Sprache verwenden.“

In einer Pressekonferenz am 11. April 1969 sagte der Vorsitzende des Nationalitätenrates des Obersten Sowjets, *Paletzki*, in der Nationalitätenfrage haben zwischen Stalin und Lenin beträchtliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Hinsichtlich des Aufbaues eines multinationalen sozialistischen Staates habe Stalin einen falschen Standpunkt eingenommen und die Autonomisierung unabhängiger nationaler Sowjetrepubliken vorgeschlagen. Dieser Gedanke entspreche seinen unrichtigen theoretischen Ansichten. Lenin habe daher dem Projekt Stalins widersprochen und sich für die Form der föderativen Verbindung zwischen den Sowjetrepubliken eingesetzt. Abschließend sei bemerkt, daß nur knapp die Hälfte der Einwohner der Sowjetunion Großrussen sind, etwas mehr zählen nahezu 100 Nationen und Nationalitäten auf dem Territorium der UdSSR, die in steigendem Maße Eigenständigkeit zu gewinnen suchen.

SPANIEN

Weiter Unruhe im Baskenland

Am 24. Januar 1969 wurde in Spanien der Ausnahmezustand verkündet. Nachdem bereits vor Verkündung des Ausnahmezustandes die beiden größten Universitäten, in Madrid und im katalanischen Barcelona, geschlossen worden waren, schlossen die Behörden von Bilbao auch die stadtnah in Deusto bei Bilbao im Baskenland gelegene Jesuitenuniversität am 31. Januar 1969. Der Bischof von Santander und Bilbao, José Maria *Cirarda*, forderte in einem Hirtenbrief Anfang Februar 1969 Aufhebung des Ausnahmezustandes und Inkraftsetzung der aufgehobenen Grundrechte. In den baskischen und katalanischen Gebieten kam es auch seit Jahresbeginn 1969 laufend zu Streiks und Verhaftungen und Verurteilungen von Arbeitern, Intellektuellen und Priestern. Die Basken haben als Sitz der Schwerindustrie und Großbankiers eine starke wirtschaftliche Stellung. Die Radikalität im Baskenland aber hat ihre Wurzeln in der Bedrohung der Sprache und Unterdrückung der Eigenart durch den spanischen Zentralismus.

Wegen Förderung des „baskischen Separatismus“ wurden zahlreiche baskische Priester verhaftet und in Zamora ein eigenes Priestergefängnis eingerichtet. Am 23. April 1969 wurde der Generalvikar des Bistums Bilbao, *Ubieta*, verhaftet, auf schwersten Protest des Bischofs von Santander und Administrator von Bilbao, *Cirarda*, wurde er am 26. April 1969 wieder freigelassen. Bischof *Cirarda* erklärte, der Generalvikar sei unschuldig, die Verhaftungen von Priestern seiner Diözese seien ohne seine Autorisation gegen die Bestimmungen des Konkordates erfolgt und er habe dagegen bei den Staatsbehörden und beim Vatikan protestiert. Der Bischof warnte ebenso die Polizei wie die nationalbewußten Basken vor Gewaltanwendung.

Die spanische Bischofskonferenz am 6. Mai 1969 in Madrid äußerte ihre Beunruhigung über die Massenverhaftungen unter den baskischen Priestern. Obwohl Bischof *Cirarda* der Polizei den Eintritt in sein Palais in Bilbao nicht gestattete, drang diese ein und verhaftete 5 baskische Priester, die aus sozialen Gründen gegen die Notlage im Baskenland protestierten. Ein Militärgericht in Burgos verurteilte die 5 verhafteten Priester am 11. Mai 1969 wegen „subversiver separatistischer Propaganda“ zu 10 bis 12 Jahren Gefängnis. Dies ist aber nur ein Gerichtsspruch in einer Reihe von Prozessen im ersten Halbjahr 1969.

Priester von Barcelona an Papst und UNO

Im Hofe des Bischofspalastes von Barcelona protestierten am 21. Februar 1969 nahezu 300 Priester gegen die Gewalttätigkeiten der Polizei. Sie sandten eine Klageschrift an Papst Paul VI. und an die Menschenrechtskommission der UNO gegen die Polizeivillkür in Spanien. Bereits im Jänner hatten 1500 spanische Intellektuelle ein Dokument gegen das Vorgehen der Polizei veröffentlicht.

Der Abt der Benediktinerabtei Montserrat, welche Mittelpunkt des katalanischen Behauptungswillens ist, *Cassá Just*, erklärte Ende März 1969 im bayrischen Rundfunk: „Die Unterdrückung der Menschenrechte hat sich so sehr verschärft, daß man sagen kann, daß alle in der Charta der Vereinten Nationen proklamierten Menschen-

rechte gegenwärtig verletzt werden. Das einzige der dort verbrieften Rechte, das den Spaniern geblieben ist, ist das Recht der freien Wahl des Ehepartners . . . Gegenwärtig gibt es sehr viele politische Gefangene . . . Die Rechtsanwälte, die sich nun ganz besonders der Sache dieser politischen Häftlinge angenommen haben, werden jetzt selbst verfolgt. Einige von ihnen sind aus Madrid und den baskischen Provinzen deportiert worden. Dadurch werden die Verteidiger der politischen Gefangenen an ihrer Arbeit gehindert und sind nicht in der Lage, ihre Mandanten ordnungsgemäß zu vertreten.“

TSCHECHOSLOWAKEI

Zigeunerverband gegründet

In Prag tagte Anfang Februar der vorbereitende Ausschuß des Verbandes der Rom-Zigeuner in der Tschechoslowakei, nachdem auf Grund des Nationalitätengesetzes, das am 1. Jänner 1969 in Kraft getreten ist, vom Innenministerium diese Zusammenkunft bewilligt worden war. In Zusammenarbeit mit der 1967 gegründeten Kommission zur Lösung der Zigeunerfrage soll die soziale Eingliederung der Zigeuner und das Problem der Schulbildung gelöst werden. Nur 13% der Zigeunerkinder haben eine neunklassige Schule absolviert. Von den rund 330.000 Zigeunern der Tschechoslowakei leben etwa 60.000 in Böhmen und Mähren.

Slowaken in den tschechischen Ländern

Zur Pflege der kulturellen und sprachlichen Eigenart gründeten die in den tschechischen Ländern ansässigen Slowaken Ortsgruppen ihrer Volksbildungsorganisation *Matice slovenská*.

(„Prager Volkszeitung“, 14. Februar 1969)

Kulturverband der Deutschen

Am 1. Jänner 1969 trat das Verfassungsgesetz über die Föderation der Tschechoslowakei in Kraft und tags darauf konstituierten sich die Gesamtstaatsregierung und die tschechische und die slowakische Regierung. Der slowakischen Regierung gehört auch ein Vertreter der ungarischen Volksgruppe an, *László Dobos*, als Minister ohne Portefeuille. Auch das Verfassungsgesetz über die Stellung der Nationalitäten der Tschechisch-Slowakischen Sozialistischen Republik trat am 1. Jänner 1969 in Kraft, beschlossen wurde es am 27. Oktober 1968.

„Die deutsche Nationalitätengruppe der ČSSR muß sich zum Unterschied von der ungarischen, polnischen und ukrainischen erst formieren, wenn sie die Früchte, die ihr das Nationalitätenstatut verspricht, ernten will“, schrieb Fritz *Schalek* am 31. Jänner 1969 in der „Prager Volkszeitung“. In Cablonz/Jablonec a. N. erklärte nach einem Bericht in der gleichen Zeitungsfolge Dr. Jiří *Barták* vom ZK der KPC: „Die Arbeit auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik wurde im letzten Halbjahr aufgehoben . . . Die deutsche Minderheit wird im ganzen ca. 10 Vertreter in den höchsten und föderativen Organen, wie in der Nationalen Front, der Partei- und Gewerkschaftszentrale, dem Tschechischen Nationalrat, dem Parlament und der Volkskammer stellen. Das neue Schulgesetz, das den Regierungsbeschluss aus dem Jahre 1954 revidieren soll, müßte Kindern aus deutschen Familien ermöglichen, bis zur Schulentlassung neben der Staats- die Muttersprache in Wort und Schrift zu erlernen. Zu erwägen wäre, ob nicht ein eigenes Gymnasium auch mit deutscher Muttersprache geschaffen wird.“ Am 11. März 1969 wurde eine Delegation deutscher Bürger vom stellvertretenden tschechischen Regierungsvorsitzenden, Prof. Karel *Laco*, geführt vom Abg. der Föderalversammlung Heribert *Panster*, Abg. des tschechischen Nationalrates Walter *Pitnerka* und Chefredakteur der „Volkszeitung“, Fritz *Schalek*, zur Erörterung der Realisierung des Verfassungsgesetzes über die Stellung der Nationalitäten in der ČSSR. Indessen gingen überall wo Deutsche, noch rund 1% der Gesamtbevölkerung des Staates, leben, die Vorbereitungen für die Gründung des Kulturverbandes weiter. Am 11. April 1969 erinnerte der Leitartikel der „Volkszeitung“ „1 Jahr nach dem

Start": „Zum erstenmal in der Geschichte der Republik wurde aber auch den Interessen der nationalen Minderheiten konsequent Rechnung getragen. Das Nationalitätenstatut ist zwar noch nicht fertig ausgearbeitet und Gesetz geworden. Aber unverkennbar ist das ehrliche Bemühen der entscheidenden Staatsorgane, sämtliche noch verbliebenen Diskriminierungen restlos zu beseitigen.“ In einem Interview am 18. April 1969 äußerte sich Abg. *Piverka* über die vor sich gehende Ausarbeitung des Nationalitätengesetzes, bei der es Schwierigkeiten gibt. Am 25. April 1969 berichtete die Volkszeitung, daß dem vorbereitenden Ausschuß des Kulturverbandes der Deutschen mitgeteilt wurde, daß die Genehmigung der Statuten erfolgt ist. Dr. *Jifi Barták* erklärte bei einem Seminar in Aussig/Usti n. L., daß die deutsche Minderheit mit etwa 120.000 Köpfen verstreut in 109 Bezirken lebt und nur in 21 Gemeinden die Hälfte der Einwohnerschaft übersteigt. Das Durchschnittsalter der Tschechen ist 32, der Magyaren 26, der Deutschen 46 Jahre. Zu 60% leben sie in Mischehen, deren Kinder sich zu 3 Viertel zur tschechischen oder slowakischen Nationalität bekennen.

Das in der Volkszeitung am 1. Mai 1969 veröffentlichte „Statut des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität der CSSR“ und den Bescheid des Innenministeriums veröffentlichen wir unter „Materialien“ (S. 132 ff.). Nachdem vorbereitend in 18 Bezirken des Staates bereits mehr als 60 Organisationen mit rund 500 gewählten Funktionären tätig waren, wurde der Gründungskongreß des Kulturverbandes auf den 14. Juni 1969 nach Prag einberufen. Das Präsidium der Nationalen Front genehmigte die Aufnahme des Kulturverbandes in die NF. Ausführlich berichtet auf 6 Seiten die „Volkszeitung“ am 20. Juni 1969 über die Gründungsversammlung in Anwesenheit von Innenminister *Jan Pelnar*. Zum Vorsitzenden wurde *Hans Nygrin* aus Josefstal/Josefov Dul, und Redakteur *Gerhard Hünigen* zum Sekretär gewählt. Es waren Delegationen der ungarischen, polnischen und ukrainischen Kulturvereinigungen anwesend. Abg. *Heribert Panster* hielt die Ansprache „Unser Grundsatz und unser Ziel“, an welche sich eine umfassende Aussprache schloß. Der neue Verbandsvorsitzende ist Lehrer und Gastwirt in Josefstal bei Gablonz. Er sieht als Hauptaufgabe möglichst viele Mitglieder zu gewinnen und den Unterricht für die deutschen Kinder zu sichern.

Hungarians in Košice/Kassa

Under the title „47,000 Infants“ the Hungarian minority youth paper published a report on the number of Hungarians living in Košice/Kassa/Kaschau. Although the next census is not due to be held in Czechoslovakia until 1971, the State Statistical Office carried out a partial experimental census in Košice in 1968 with the objective of providing a point of departure for the full census. One of the results of this partial census was rather surprising, for whereas at the 1961 census only 3023 persons living in Košice gave their nationality as Hungarian, it has now emerged that in fact there are about 50,000 Hungarians living there. Hence the nationality ratio in Košice is approximately two to one, Slovaks to Hungarians. The report implies that as a result of the more liberal atmosphere of last year the Hungarians were less anxious about concealing their nationality, so that the effects of the post-war forced „reslovakisation“ campaign were beginning to wear off.

(„Uj ifjúság“, 25. Februar 1969)

UNGARN

Aus der Arbeit des Deutschen Verbandes

Unter dem Titel „Anregung zu neuen Taten“ schrieb Generalsekretär des Verbandes der deutschen Werktätigen in Ungarn, *Dr. Friedrich Wild*, am 3. Jänner 1969 in der „Neuen Zeitung“: „Wir waren bemüht und bestrebt, aufrichtige Nationalitätenpolitik zu betreiben, wir haben alles aufgeboten, um den Geist unserer Verfassung in die Tat umzusetzen. Wir standen mit dem Ministerium für Bildungswesen in engem und regem Kontakt und suchten gemeinsam bessere Mittel und Wege, um die Probleme der deutschen Nationalität zu erschließen, zu besprechen und Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Probleme zu beseitigen, die völlige Rechtsgleichheit

zwischen den Ungarn und den mit ihnen zusammenlebenden Nationalitäten zu sichern und auf ein noch höheres Niveau zu heben.“ *Wild* berichtete, daß 1968 6 Gastspielreisen in 32 Gemeinden führten und 11.000 Menschen teilnahmen, daß der Kalender 1969 in 10.500 Exemplaren sowie Ausgaben von schwäbischen Tänzen erschienen und das Wochenblatt „Neue Zeitung“ das zehnjährige Bestehen feierte. Am 7. Februar 1969 berichtete *Dr. Wild* in der „Neuen Zeitung“ über die Pläne des Deutschen Verbandes für 1969: Sitzung des Ehrenamtlichen Ausschusses, Abhaltung der 3. großen Landesarbeitskonferenz und Landeswettbewerb der Blasorchester. Im Jänner und Februar fanden eine Reihe von Schwalbenbällen, darunter der repräsentative Schwabenball in Budapest statt.

Bei der Tagung des Ehrenamtlichen Ausschusses am 21. Februar 1969 in Budapest erstattete *Dr. Wild* den Rechenschaftsbericht des Verbandes, wobei viel positive Leistung der Kulturgruppen in Zeitung und Kalender zu melden war. Es bestehen in Ungarn 6 Kindergärten mit auch Beschäftigung in deutscher Sprache, eine Schule in Gara mit deutsch-ungarischer Unterrichtssprache, an 123 Grundschulen wird in 168 Gruppen 9460 schwäbischen Kindern durch 168 Lehrer deutscher Unterricht erteilt, in Baja gibt es ein selbständiges deutsches Gymnasium, in Fünfkirchen und Budapest je einen deutschen Klassenzug an einem Gymnasium, für die Unterstufe werden in Baja, für die Oberstufe in Fünfkirchen/Pécs zusammen 18 Deutschlehrer ausgebildet. In der Diskussion wurde Gebrauch der deutschen Muttersprache, mehr deutsche Bücher für die Bibliotheken, bessere Aufklärung der Eltern gefordert.

Am 28. und 29. April 1969 fand in Budapest der 3. Landeskongreß des Demokratischen Verbandes der Deutschen Ungarns statt, bei dem Generalsekretär *Dr. Wild* den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit in den letzten 4 Jahren erstattete, zugleich aber die bestehenden Probleme und Aufgaben charakterisierte. Er betonte: „Seitens der deutschen Nationalität ist eine größere Initiative in der Lösung der Probleme vonnöten.“ Schöne Erfolge wurden in der Kulturarbeit erzielt, in 25 Gastspielreisen 147 Gemeinden besucht und 50.000 Zuhörer angesprochen, mit weiteren Veranstaltungen an 300.000. Es mangelt an deutschen Büchern. Zur Frage des muttersprachlichen Unterrichtes wurden die bekannten Zahlen wiederholt und über die Gleichgültigkeit der Eltern geklagt. Die „Neue Zeitung“ findet gute Aufnahme und die Auflage des Kalenders soll bis 1970 auf 25.000 Stück gesteigert werden. Ausführlich bringt die „Neue Zeitung“ am 16. Mai 1969 über 4 Seiten unter der Überschrift „Verwirklichung der Nationalitätenpolitik ist Sache aller“ die anregenden Ausführungen der Delegierten aus dem ganzen Lande in der Diskussion. Der Leiter der Nationalitätenabteilung im Ministerium für Bildungswesen, *Dr. László Kövögö*, sagte: „Es steht im Interesse des Landes, immer mehr zweisprachige Staatsbürger zu haben, die im Besitze einer Fremdsprache ihre Fachkenntnisse erweitern können. Der Muttersprachenunterricht ist also nicht nur eine Nationalitätenfrage, sondern ein Interesse der ganzen Nation.“

Im Schlußwort sagte *Dr. Wild*: „Die vielen Aufgaben, die zu lösenden Probleme erfordern, daß den Nationalitäten noch mehr Hilfe zukommt. Es ist gut, daß man in Nationalitätenfragen nicht ohne Nationalitäten entscheiden will. Das erlegt uns, den Nationalitäten, gleichzeitig aber auch noch größere Verantwortung und Aufgaben auf. Die Anregungen, die geäußerten Wünsche sind ein weiterer Beweis dafür, daß das Interesse für die schwäbischen Kulturgüter sehr groß ist. Auch beim Verband laufen zahlreiche Bitten nach deutschen Liederbüchern, Tanzbeschreibungen, deutschen Vorstellungen usw. ein. Die Probleme auf dem Gebiet des muttersprachlichen Unterrichtes müssen unbedingt gelöst werden. Aber auch die deutschen Eltern müssen mehr Mut, mehr Initiative an den Tag legen.“ Über alle Aufgaben wurde ein Beschluß gefaßt.

ZYPERN

Verhandlungen bisher ergebnislos

Während innerhalb des Griechentums auf Zypern Parteigründungen und Terror- und Geheimgruppen sich entwickeln, kam es zwischen der griechischen Mehrheit von 467.000 und türkischen Minderheit von 120.000 Seelen zu keinem Arrangement über

den künftigen Status. Ungeklärt ist die Frage Einheits- oder Bundesstaat, Weiterbestand der konstitutionellen Verankerung einer getrennten Zentralverwaltung mit zweigleisiger Administration für Griechen und Türken oder Neuformulierung. Nach der seinerzeit beschlossenen Verfassung soll der Präsident Grieche, der Vizepräsident Türke mit Vetorecht sein, die Türken im Parlament 30% der Sitze und in Polizei und Armee 40% des Bestandes haben. Das funktionierte aber nicht und es kam zu den Zwistigkeiten, die zu Spannungen und Zusammenstößen und Stationierung eines UNO-Kontingents auf Zypern führten. Seit 1964 sind 6 Arten Militär auf der Insel vorhanden. Die mögliche Lösung liegt zwischen dem griechischen Extrem der Enosis und der türkischen Vorstellung einer Teilung der Insel.

Bisher liegt von türkischer Seite ein Vorschlag auf Immunität und Exterritorialität für alle Türken vor, die im griechischen Siedlungsgebiet leben, und ihre Unterstellung unter die nächste türkische Region in polizeilicher, gerichtlicher und kultureller Hinsicht. Von seiten des Erzbischofs *Makarios* wieder, wird den Türken im Rahmen eines Einheitsstaates Zypern völlige Unabhängigkeit der Religionsausübung, des Unterrichts, des Kulturlebens, eine regionale Selbstverwaltung und Mehrheitsystem im Parlament mit verpflichtender Zustimmung der Abgeordneten der Minderheit bei Fragen der Minderheit. Aber von türkischer Seite besteht bei Anerkennung der Substanz Mißtrauen gegen die Gewißheit der Zusagen. Ihnen genügt eine Kontrolle der Vereinten Nationen nicht, sie wünschen auch ein Schutz- und Interventionsrecht Ankaras. So sind die Verhandlungen immer wieder festgefahren. Am 11. August 1969 begann eine neue Verhandlungsrunde zwischen dem Führer der Türken auf Zypern, *Rauf Denktasch*, und dem Präsidenten der 1960 gewählten Volksvertretung, *Giafos Clerides*. Man gibt einem Kompromiß wenig Aussichten.

Materialien

Satzungen des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR

Einleitende Bestimmungen:

Die im Verfassungsgesetz 144 Slg. vom 27. Oktober 1968 über die Stellung der Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik verkündeten Grundsätze haben unter der in der ČSSR lebenden Bevölkerung deutscher Nationalität aufrichtige Sympathie und positiven Widerhall gefunden.

Ausgehend von den in dem genannten Verfassungsgesetz verkündeten Rechten wollen die tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität an der weiteren Ausgestaltung und Ausrichtung des brüderlichen Zusammenlebens und der Solidarität der Nationen und Nationalitäten in der ČSSR aktiven Anteil haben. Auf Grund des Rechtes, sich in gesellschaftlichen Kulturorganisationen der Nationalitäten zusammenzuschließen, ist darum der „Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ gegründet worden.

Im Geiste der Grundgesetze des Verfassungsgesetzes Nr. 144 Slg. will der Kulturverband durch seine Tätigkeit an der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse und Interessen der tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität teilnehmen und dazu beitragen, daß sie mit dem Gefühl der Gleichberechtigung in diesem Lande zu friedem leben und es als ihre Heimat betrachten. Durch diese Tätigkeit will er zugleich systematisch die Einheit des gesamten tschechoslowakischen Volkes im Geiste der Grundsätze des sozialistischen Internationalismus stärken, zum Nutzen des weiteren Aufschwungs der gemeinsamen sozialistischen Heimat.

KAPITEL I.

Namen, Sitz und Stellung:

1. Der Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR ist eine freiwillige Kulturorganisation im Sinne des Gesetzes Nr. 6/1951 Slg. und der Kundmachung des Innenministeriums Nr. 320 vom 20. September 1951.

2. Der Namen der Organisation lautet tschechisch „Kulturní sdružení občanů Československé socialistické republiky německé národnosti“, deutsch „Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität der ČSSR“, kurz „Kulturverband“.
3. Sitz der zentralen Leitung der Organisation ist Prag. Die Organisation ist auf dem ganzen Gebiet der ČSSR tätig.

KAPITEL II.

Zweck und Aufgaben:

Zweck und Organisation ist es, die guten Beziehungen zwischen allen Bürgern der ČSSR zu festigen und die kulturellen Bedürfnisse der deutschen Bürger der ČSSR zu befriedigen. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat der Verband folgende Aufgaben:

a) Beim Kennenlernen des fortschrittlichen deutschen Kulturerbes und der kulturellen sozialistischen Gegenwart zu helfen, vor allem jedoch seine Mitglieder zu gegenseitiger Kenntnis und Annäherung an die fortschrittlichen kulturellen Traditionen und die gegenwärtige Entwicklung der Kultur der Tschechen und Slowaken sowie der übrigen in der ČSSR lebenden Nationalitäten anzuleiten. Diese Vermittlung und Erkenntnis von Kulturwerten betrachtet der Kulturverband als eine seiner Hauptaufgaben.

b) Theater (Rezitationen) und sonstige künstlerische Tätigkeit zu unterstützen. Laienzirkel oder Ensembles für Rezitation, Tanz und Gesang zu bilden, ihnen bei der Auswahl der Programme und beim Organisieren ihrer Tätigkeit zu helfen. Für die Gründung eines professionellen Theater-Ensembles einzutreten, das Gastspiele auf ständigen Bühnen Nord- und Westböhmens und in anderen Gebieten geben würde, wo eine größere Zahl von deutschen Bürgern der ČSSR lebt.

c) Im Einvernehmen mit den Kulturministerien für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache zu sorgen.

An der Betreuung der Sendungen des Tschechoslowakischen Rundfunks für die deutschen Mitbürger der ČSSR teilzunehmen.

d) Die literarische Tätigkeit einheimischer, deutsch schreibender Autoren zu fördern und im Rahmen dieser Tätigkeit eine Herausgeber- und Verlagstätigkeit zu betreiben.

e) Mit der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation, der Sozialistischen Akademie und anderen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten; dafür zu sorgen, daß Vorträge, Kurse, Zirkel u. a. über die verschiedensten Themen (politische, kulturelle, medizinische, Reisebeschreibungen usw.) veranstaltet werden, und dadurch in humanistischem und sozialistischem Sinn auf die Öffentlichkeit einzuwirken, Diskussionsklubs und Interessenzirkel zu gründen.

f) Im Einvernehmen mit den Schulministerien die Lösung von Problemen des Deutschunterrichtes als Muttersprache zu unterstützen.

g) Deutsche Abteilungen bei den öffentlichen Bibliotheken zu errichten und zu betreiben, beziehungsweise eigene Büchereien und Lesehallen dort einzurichten, wo Bürger deutscher Nationalität leben.

h) Anzustreben, daß in Gegenden mit einer verhältnismäßig zahlreichen deutschen Bevölkerung tschechische und slowakische sowie ausländische Filme mit deutschen Untertiteln und deutsche Filme in der ursprünglichen Fassung vorgeführt werden.

i) Bei der Einrichtung und Erhaltung heimatkundlicher Sammlungen und Museen zu helfen.

KAPITEL III.

Rechte und Pflichten der Mitglieder:

1. Mitglied der Organisation kann jeder Bürger der ČSSR nach Erreichung des 18. Lebensjahres werden. Aufgenommen wird ein Mitglied durch Beschluß der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe.

2. Jedes Mitglied hat das Recht, in die Organe des Verbandes zu wählen und in diese gewählt zu werden, an der gesamten Tätigkeit der Organisation teilzunehmen und diese Tätigkeit im Rahmen dieser Satzungen mitzugestalten.

3. Die Mitglieder sind verpflichtet, Mitgliedsbeiträge zu zahlen, deren Höhe der Kongreß bestimmt.

4. Die Mitgliedschaft in der Organisation endet, wenn ein Mitglied stirbt; wenn es austritt; wenn seine Mitgliedschaft erlischt, weil es die Mitgliedsbeiträge drei Monate lang nicht bezahlt hat, oder durch Ausschluß wegen gröblichen Verstoßes gegen die Satzungen. Über die Beendigung der Mitgliedschaft in der Organisation entscheidet die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe mit absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Das Mitglied hat das Recht, gegen diesen Beschluß beim höheren Organ des Kulturverbandes Berufung einzulegen.

KAPITEL IV.

Zusammensetzung und Befugnis des Verbandes:

1. a) Höchstes Organ der Organisation ist der Kongreß der Delegierten der Orts- bzw. Gebietsgruppen. Der Kongreß findet einmal in zwei Jahren statt und die Funktionsperiode der Delegierten sowie der Mitglieder des gewählten Vorstands dauert zwei Jahre.

b) Der Kongreß der Delegierten wählt die 25 Mitglieder der zentralen Leitung und eine aus drei Mitgliedern bestehende Kontrollkommission. Die zentrale Leitung wählt sodann aus ihrer Mitte einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Vorstand (den Vorsitzenden, zwei Vorsitzende-Stellvertreter, den Sekretär, den Rechnungsführer und weitere zwei Mitglieder). Die Kontrollkommission wählt ebenfalls ihren Vorsitzenden.

Auf Wunsch von mehr als der Hälfte der Mitgliedschaft wird in der Zwischenzeit ein außerordentlicher Kongreß einberufen. Die Kongreßdelegierten werden auf den Konferenzen der Bezirks- oder Gebietsorganisationen von den Vertretern der Ortsgruppen gewählt, und zwar ein Delegierter für je 50 Mitglieder.

c) Die zentrale Leitung lenkt und führt die Tätigkeit der gesamten Organisation und leitet die Orts- und Gebietsgruppen der Organisation. Im Zeitraum zwischen den Sitzungen der zentralen Leitung leitet der Vorstand die Organisation.

d) Ortsgruppen werden in Ortschaften gegründet, wo es mindestens zehn Mitglieder der Organisation gibt. Bezirks- oder Gebietsgruppen werden von den Vertretern der Ortsgruppen in Gebieten errichtet, wo mindestens zehn Ortsgruppen bestehen. Die Organe des Verbandes entscheiden mit absoluter Mehrheit der Anwesenden.

e) Die Gruppen wählen aus ihrer Mitte einen mindestens aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschuß, der mit dem Vorstand Verbindung hält und die Tätigkeit der Gruppe organisiert.

2. Die Organisation vertritt und für sie handelt der Vorsitzende oder einer der Vorsitzenden-Stellvertreter gemeinsam mit dem Sekretär der zentralen Leitung.

3. Die Mitgliederversammlungen des Plenums und die Versammlungen des Vorstands der zentralen Leitung werden mindestens dreimal im Jahre entweder durch Bekanntgabe in der Presse oder durch schriftliche Einladung stets acht Tage vor dem Stattfinden der Versammlung einberufen.

4. Abänderungen der Satzungen beschließt der Kongreß der Delegierten mit Stimmenmehrheit.

KAPITEL V.

Vermögen der Organisation:

1. Das Vermögen der Organisation entsteht:

a) aus den Mitgliedsbeiträgen, b) aus Spenden einzelner, c) aus der Verlagstätig-

keit, d) aus dem Ertrag der kulturellen und sonstigen Tätigkeit, e) aus etwaigen Dotationen.

2. Das Vermögen verwaltet der Rechnungsführer gemäß den Weisungen des Vorstandes unter Kontrolle der Revisionskommission.

Der Rechnungsführer erstattet auf den Versammlungen des Vorstandes den Wirtschaftsbericht und fertigt überdies den Jahreswirtschaftsbericht aus.

3. Hört die Organisation zu bestehen auf, so entscheidet der Kongreß nicht nur über die Auflösung selbst, sondern auch über das Eigentum der Organisation und wie mit diesem verfahren wird.

Beschied des Innenministeriums der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Nr. SV-1040/40-69
Prag, am 25. April 1969

Das Innenministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik hat nach einem im Einklang mit dem Gesetz Nr. 71/1967 Slg. über das Verwaltungsverfahren vorgenommenen Verfahren folgendermaßen entschieden:

Gemäß den Bestimmungen von § 2 des Gesetzes Nr. 68/1951 Slg. über freiwillige Organisationen und Versammlungen werden die Satzungen der freiwilligen Organisation „Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität der Tschechoslowakischen Republik“ mit dem Sitz in Prag in dem diesem Bescheid beigefügten Wortlaut gebilligt.

Nach diesen Satzungen richtet sich die Tätigkeit der freiwilligen Organisationen zu beschaffen, die eine solche Bewilligung erfordern.

Die Organisation ist verpflichtet, dem Nationalausschuß der Hauptstadt Prag, der im Sinne von § 4 der Kundmachung Nr. 320/1951 Amtsblatt I zuständig ist, die Angaben über die Zusammensetzung der Organe mitzuteilen, die künftig gemäß den Satzungen gewählt werden, und darüber, wer im Namen der Organisation handelt, sowie darüber, wohin Zustellungen an die erwähnten Organe erfolgen sollen.

Die Organisation ist ebenfalls verpflichtet, den zuständigen Bezirksnationalausschüssen die Bildung von örtlichen organisatorischen Gliederungen mitzuteilen sowie die Angaben über die Zusammensetzung ihres Ausschusses, und darüber, wer berechtigt ist, in ihrem Namen zu handeln. Sie ist ebenfalls verpflichtet, den erwähnten Organen der Staatsverwaltung auch Veränderungen dieser Angaben mitzuteilen, die später eingetreten sind.

Der vorbereitende Ausschuß der Organisation teilt dem Nationalausschuß der Hauptstadt Prag gleichfalls den Termin der Konferenz (des Kongresses) mit, auf der gemäß den Satzungen die Wahl der ordentlichen Organe der Organisation erfolgen wird. Mit diesem Tag erlischt die Berechtigung des vorbereitenden Ausschusses.

Gegen diesen Bescheid kann gemäß den Bestimmungen von § 61 Ges. Nr. 71/1967 Slg. beim Innenministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik binnen 15 Tagen nach dem Tage der Zustellung des Bescheides Einspruch erhoben werden.

Der Innenminister der ČSSR: Pelnár e. h.

Literaturberichte

Der Donauschwabe und sein geistiges Profil. Weg und Schicksal. Festgabe für Prälat Josef Nischbach, bearbeitet von Michael Lehmann. 304 Seiten. Wien 1969 (Verlag Gerhardswerk Stuttgart und Sankt Michaelswerk).

Die Banater Schwaben sind heute die stärkste südostdeutsche Volksgruppe und gleich den Siebenbürger Sachsen und ungarländischen Deutschen bemüht, in der völlig veränderten Umwelt ihr Schicksal zu meistern und ihre Zukunft zu sichern. In dem Vierteljahrtausend ihrer Existenz ist das Leben der Donauschwaben niemals ungefährdet gewesen. Aber die Bewältigung materieller und gesellschaftlicher Probleme gelang ihnen immer und dies offenbart sich auch heute, wo ein Teil der Volksgruppe außerhalb der Heimat an der

unteren Donau in Europa und Übersee lebt. Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Banater Schwaben ist Prälat Josef Nischbach, der am 17. März 1969 sein 80. Lebensjahr vollendete (vgl. „Europa Ethnica“, 1969, 2, S. 82). Die ihm gewidmete Festgabe „Der Donauschwabe und sein geistiges Profil“ stellt die Person und Leistung des Jubilars in die ganze Weite donauschwäbischer Aufgabe und Geschichte und die Schicksalsgemeinschaft der Völker und Konfessionen im europäischen Osten. Josef Schramm schreibt über das Siedlungsgebiet, Ernst Komanschek über die soziale Stellung, Anton Peter Petri über die Beziehungen mit den Nachbarvölkern im Spiegel der Sprache, Wilhelm Kronfus über die Kultur, Franz Gressl über die Kirche, Josef Volkmar Senz über das Bildungswesen, Anton Tafferner über die Presse, Michael Lehmann über das religiöse Leben, Hans Diplich über den Dom zu Temesvar, Josef Haltmayer über die Vertreibung und Nikolaus Engelmann über die Helfer der Donauschwaben. Man darf diese ausgezeichnete, wissenschaftlich vorbildliche Publikation, die unter dem Leitgedanken der Arbeit des Jubilars: „Für die Menschen bestellt“, steht, als Handbuch der Donauschwaben bezeichnen.

F. H. Riedl

G. C. Paikert, The Danube Swabians. German Populations in Hungary, Rumania and Yugoslavia and Hitler's impact on their Patterns. Studies in Social Life X, XVI and 324 pp, The Hague (Martinus Nijhoff).

„The Danube Swabian“ ist eine Tendenzschrift. Der Verfasser Géza C. Paikert ist der Sohn von Alajos Paikert, eines vom Deutschtum zum Magyarentum assimilierten Schriftstellers, der 1910 die Turanische Gesellschaft gründete, welche leidenschaftlich einen ungarischen Rassismus gegen die nichtmagyarischen Volksteile in Ungarn verfochten hat. Géza C. Paikert selbst war unter dem Horthy-Regime Leiter der Minderheitenabteilung des ungarischen Kultusministeriums und sein Untergebener Sándor Sipos forderte bereits 1942 die Vertreibung der Donauschwaben aus Ungarn als eine nationalpolitische Notwendigkeit. Bekanntlich lebten zwischen den beiden Weltkriegen von den Donauschwaben über 550.000 in Ungarn, über 500.000 in Jugoslawien und über 350.000 in Rumänien. Im Buch von Paikert sind nur 16 Seiten den Donauschwaben in Rumänien, 29 jenen in Jugoslawien gewidmet, alle anderen jenen in Ungarn. Ziel der Darstellung ist eine Rechtfertigung der Aussiedlung der Ungarndeutschen und der Behauptung, die Donauschwaben seien eine fünfte Kolonne und Werkzeuge der Hitlerschen Aggression gegen die Staaten an der Donau gewesen. Tatsache ist, daß Berlin mit den Regierungen in Budapest und Bukarest über die Volksgruppen hinweg deren Stellung geregelt hat und daß die faschistischen Regime gemeinsam Regelungen trafen, welche die Volksdeutschen dem Einfluß des Dritten Reiches gegen ihren Willen auslieferten. Die wissenschaftliche Aufmachung vermag die unwissenschaftliche und unobjektive Tendenz der Schrift nicht zu verhüllen.

R.

Hans Hartl, Nationalismus in Rot. Die patriotischen Wandlungen des Kommunismus in Südosteuropa. Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitpolitik e. V. Bad Godesberg. 1. 119 S., Stuttgart (Seewald-Verlag) 1968.

Die Verschmelzung der Nationen im Weltmaßstab ist das eschatologische Fernziel des Kommunismus. Indessen erblickt man sich verschärfende nationale Gegensätze im kommunistischen Lager. Die vorliegende Schrift von Hans Hartl analysiert die Symptome des Neo-Nationalismus als nationaler Sozialismus in Rumänien, als sozialistischer Ersatzpatriotismus in Ungarn und nationaler Partikularismus in Jugoslawien. Er stellt in Zitaten und Tatsachen die Prophetie und Wirklichkeit des Internationalismus von den Klassikern des Marxismus über Lenin und Stalin bis zu den heutigen nationalen Varianten und Wandlungen in überzeugender Klarheit heraus.

R.

Peter Nasarski, Polens Jugend heute. Europas junge Generation. Band 1, 156 S., 20 Bildseiten, München (Heimatwerk-Verlag) 1965.

Jeder zweite Staatsbürger Polens ist jünger als 80 Jahre. Schon diese Tatsache verdeutlicht die Bedeutung der Jugend in diesem Land. Das Buch versucht den Standort, die Probleme, die Lebensart der jungen Generation Polens sichtbar zu machen und das gelingt in erstaunlich objektiver Weise frei von Klischeevorstellungen. Dankenswert ist, daß im Rahmen der Darstellung und in einem Anhang viele junge Menschen selbst zu Worte kommen. Polens Jugend steht dem Nationalismus fern, sie hat unproblematisches Nationalbewußtsein und daher versteht sie auch den deutschen Nachbarn. Wertvoll ist das beigefügte Literaturverzeichnis.

Adele Heuberger-Hardorp, Volkstumsprobleme im Sprachgrenzgebiet des Bozner Unterlandes. Tiroler Wirtschaftstudien, Band 24. 205 S., 24 Bilder, 33 Tabellen, Innsbruck (Universitätsverlag Wagner) 1969.

Die Bozner Unterlandgemeinden Tramin, Kurtatsch, Margreid, Kurtinig, Pfatten, Branzoll, Auer, Neumarkt, Montan und Aldein, nicht aber Sahurn, Truden, Altrei und das schon mit Bozen verwachsene Leifers finden hier eingehende Untersuchung hinsichtlich Herkunft und Wanderbewegungen und der Familiennamen als Spiegel der Sprachgrenzverhältnisse. Angesichts einer im Unterland schon alten italienischen Zuwanderung überrascht die Tatsache, daß 47,8% der 1956—1958 gemeldeten Zuwanderer erst nach dem zweiten Weltkrieg gekommen sind. Bemerkenswert ist, daß sich hier italienische Zuwanderer leichter als sonst in Südtirol festsetzen und die biologisch aktivsten Jahrgänge unter ihnen am stärksten vertreten sind. Daß eine Mehrzahl der Unterländer italienische Namen trägt, ist von der italienischen Volkstumspolitik schon 1921 zuungunsten der Südtiroler Deutschen ausgenutzt worden. Im Untersuchungsgebiet trugen 1961 50,8% italienische Familiennamen, bekannten sich aber nur 34,2% sprachlich als Italiener. Ortsgebürtig sind in den Gemeinden des Unterlandes 83 bis 51%. Untersuchungsaufgabe des Buches ist nicht die Nationalitätenstatistik, sondern die Eigenart der Zuwanderung, die dabei zu Tage tretenden Probleme und die Spiegelung im Namensbild. Aus dem zusammengetragenen Material lassen sich viele wichtige Schlüsse ziehen.

R.

Dr. Gerhard Brugger, Die deutsche Volksgruppe in Belgien gestern — heute — morgen. Eckartschrift Heft 29, Wien 1969.

Die kleine, historisch begründete aus drei verschiedenen Teilen bestehende deutsche Volksgruppe in Belgien wird hier in einem das Wesentliche enthaltenden Abriss in ihrem Sein und ihren Hoffnungen geschildert. Ein Miniaturbild deutschen Volksfeindlichkeit und der deutschen Geschichtslosigkeit besessen sind. Die Versuche, die Volksgruppe zu zerstören, gehen nicht von der Regierung des nun einmal dreisprachigen und so auch anerkannten des Staates auf dem Spiele steht. Die auf den neuesten Stand gebrachte Darstellung zeigt, in der in Belgien um das Volksrecht der drei Teile hart gekämpft wird und die Existenz des Staates auf dem Spiele steht. Die auf den neuesten Stand gebrachte Darstellung zeigt, welche Rolle dabei die deutsche Gruppe spielt und spielen sollte. Sie steht allein auf sich gestellt, schwach, aber mutig in ihrer Führung und ohne Rückendeckung durch das deutsche Volk, während die Wallonen ihr französisches Hauptvolk hinter sich wissen. Es wäre erfreulich, wenn wir auch von Schriften berichten könnten, die in ähnlich gedrängter Weise über die einzelnen Volksgruppen in Frankreich Aufschluß geben — es muß angemerkt werden, daß die Schrift weithin, ohne dies anzuführen, Texte aus A. Verdoodt: Zweisprachige Nachbarn, Bd. 6 der Reihe Ethnos, Wien 1968, enthält. Dadurch wird die Schrift teilweise zum Plagiat.

J. W. M.

Walter Myss, Fazit nach achthundert Jahren. Geistesleben der Siebenbürger Sachsen im Spiegel der Zeitschrift „Klingsor“ (1924—1939). Studien zur Kultur- und Geistesgeschichte der ältesten inseldeutschen Volksgruppe. Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerkes. Reihe B. Band 22. 153 Seiten, 14 Bilder (Verlag des Südostdeutschen Kulturwerkes) 1968.

Der 1920 in Kronstadt geborene Walter Myss, seit 1945 in Innsbruck, unterbrochen durch Studienjahre in Paris und London, erhielt für das vorliegende Werk den Georg-Dehio-Preis 1969 und für sein poetisches Werk schon früher den Literaturpreis der Stadt Innsbruck. Mit dem Buch „Fazit nach achthundert Jahren“ will er seine „Selbstbeurteilung und Selbsteinschätzung als Siebenbürger Sachse in der Konfrontation mit unserer Zeit“ geben. Dabei ist er, wie die Mitglieder des „Klingsor“-Kreises, zwischen dem interessante Bezüge zum „Brenner“-Kreis bestehen, bestrebt „um eine totale Erfassung und Widerspiegelung des seit leitenden Glaubens- und Vernunftgutes“. Nicht zuletzt geht es ihm um den Nachweis, „daß vieles, was in den Jahrzehnten zwischen den zwei Kriegen Gestalt gewann, nicht bloß zeitbedingte Neben-Sache ist, sondern über seine Zeit hinaus Bedeutung hat und als typische Erscheinung wesenhaften Sinnvollzuges ebenso in die Vergangenheit als auch in die Zukunft unseres Volksstammes weist“. Das sehr anspruchsvoll stilisierte Buch ist kein historisches Buch, wenn es auch im Spiegel eines Zeitraums von 16 Jahren an Hand des „Klingsor“ und dieses Organs innerhalb des achthundertjährigen Lebens einer Volksgruppe, Stellung und Wesen der Siebenbürger Sachsen, bezieht; es ist ein wertvoller Beitrag zum Bild, Werden und Wesen der Siebenbürger Sachsen, die ebenso wie die jüngeren Banater Schwaben im heutigen Rumänien existieren und reicher Vergangenheit eine sinnvolle Zukunft in einer unvergleichlichen Gegenwart zu schaffen streben.

punkte im Sinne einer Durchführung der früher gemachten Vorschläge für eine ethnische Föderation und zwar durch konkrete juristische Formeln, wie und mit welchen Mitteln diese ethnische europäische Föderation verwirklicht werden kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Abdruck des Entwurfes eines multilateralen europäischen Paktes, beschlossen in Straßburg 1958 vom Comité permanent du Congrès du peuple européen.

Paul Zinsli, *Walsler Volkstum*. In der Schweiz, in Vorarlberg, Liechtenstein und Piemont. 527 Seiten. Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld, 1968.

Die Walsler, jener Zweig der Alemannen, dessen Mundart man zum Höchstalemannischen rechnet und der wie kaum ein anderer deutscher Volksstamm durch Bewahrung des Altberbrachten gekennzeichnet ist, finden seit einiger Zeit eine immer stärkere Beachtung bei den Volksforschern, den Mundartfachleuten, den Minderheitentheoretikern. Aus dem heutigen Oberwallis in der Schweiz kommend, wo sie geschlossen siedeln, haben sie in zahlreichen Zügen, in welchen sie stets über die höchsten Alpenpässe in Nachbargebiete wanderten und sich auch dort wieder wenn irgendmöglich in Höhen über tausend Meter ansiedelten, hochalpine Siedlungsgebiete erschlossen und ersiedelt. Die höchst gelegene Siedlung Europas (im Avers-Tal in der Schweiz), über 2200 m hoch gelegen, ist eine Walsersiedlung.

Über die Walsler, ihre Mundart, ihre Gebräuche, ihre geschichtliche Überlieferung, ihr Volkswesen, schrieb in den letzten Jahrzehnten bedeutende Volkskundler umfassende, zum Teil großartige Werke, so der in Innsbruck lehrende Vorarlberger Karl Ilg, der Schweizer Hans Kreis (dessen Walsler-Buch kürzlich in Neuauflage erschienen ist) und — für das Lötschental — in einer bis heute unerreicht gebliebenen Monographie die Geschwister Anneler, deren zweibändiges Werk eigenartigerweise von Paul Zinsli überhaupt nicht erwähnt wird.

Zu den vielen Büchern (nebst zahlreichen Walserschriften) über die Walsler und ihr Volkstum fügt sich nun das vorliegende Werk des schweizerischen Sprachfachmannes Paul Zinsli, dem wir ein über alles Lob erhabenes kleines Büchlein „Die mehrsprachige Schweiz“ verdanken. Paul Zinsli, der Mitarbeiter von Hotzenköcherle und des Deutschschweizerischen Sprachvereins, legt mit diesem jüngsten aller Walserbücher auch das an Inhalt umfangreichste und gründlichste vor. Die Arbeit daran muß Jahre gedauert haben. Was diesem Buch einen Vorrang etwa vor dem gewiß ausgezeichneten Werk von Hans Kreis gibt, ist die Tatsache, daß es kein Sammelwerk, sondern das Werk eines einzigen und zudem sehr dafür prädestinierten Autors ist. Dadurch ist dieses Walserbuch sozusagen aus einem Guß, es behandelt die Walserszüge, die Sprache, das gemeinsame Erbe und das Walserdasein im Wandel der Zeit in einer einheitlich-gerundeten Form. Dabei ist es erstaunlich, daß Zinsli auch so wenig bekannten Walsern nachspürt wie dem Damülser Herrgottsschnitzer Johann Martin Bischof, von dem der prachtvolle Christus an der Pfarrkirchentür zu Damüls auch im Bild gezeigt wird (man hätte auch noch das Speisgitter mit seinen Symbolfiguren bringen können), oder der Mundart im Pommat (Formazza) ob Domodossola oder in Eischime (Issime) im Aostatal. (Hier hätte er aber noch die Veröffentlichungen von Gustavo Buratti und von Guy Héraud über die Walsler in Oberitalien erwähnen können und sollen).

Die beigegebenen Lichtbilder sind sehr instruktiv. Aber auch die Kartenskizzen geben ausgezeichnete Übersichten über die einstige wie heutige Verbreitung der Walsler Mundart, aber auch gewisser Siedlungs- und Brauchtumsformen.

Auch für den Minderheitenfachmann bietet das Buch viel Wertvolles, sind die Walsler doch verschiedentlich auch ethnische und sprachliche Minderheitsgruppen, vor allem in Norditalien, und müssen sich dort gegen anderssprachige Mehrheitsvölker (Franzosen im Aostatal, Italiener ebenfalls in der Region Aostatal und im Pommat) behaupten. Die Gemeinde Bosco-Curin im Tessin kann auch zu diesem Bereich der Sprachminderheiten gerechnet werden, wengleich im allgemeinen in der Schweiz der Ausdruck „Minderheit“ nur selten gebraucht wird. Alles in allem handelt es sich um ein geradezu prachtvolles Werk, das für lange Zeit die Walslerforschung entscheidend bestimmen wird.

Wilhelm Mucher, *Die Sprache des Religionsunterrichtes in Südkärnten*. Eine Entgegnung. Cyrill und Method, 154 Seiten. Wolfsberg/Kärnten (Druck- und Verlagshaus M. Theiss), 1968.

Diese Schrift befaßt sich mit Minderheitenproblemen in Kärnten. Ihr Verfasser ist röm.-kath. Pfarrer von Maria Saal bei Klagenfurt, dessen Dom zu den herrlichsten Bauwerken der Hochgotik in den Alpenländern gehört und dessen Geschichte im Nationalitätenstreit zwischen Slowenen und Deutschen eine besondere Rolle spielt, obwohl heute Maria Saal keine Slowenen mehr aufweist (vor 60 Jahren war seine Bevölkerung noch gemischtsprachig). Wilhelm Mucher ist als Streiter gegen die slowenische Minderheit

in Kärnten bekannt. Unter dem Namen Hermagoras Schirbar veröffentlichte er vor Jahren, als er noch Pfarrer in der gemischtsprachigen Gemeinde Nötsch am Dobratsch war, eine antislowenische Streitschrift „Minderheit ohne Maske“.

Die jetzt vorgelegte Schrift ist im ersten Teil eine Erwiderung auf eine im Jahre 1966 im Verlag der Hermagorasbruderschaft in Klagenfurt in deutscher Sprache erschienene Publikation des katholischen Volksrates der Kärntner Slowenen („Varodni svet koroskih Slovencev“). „Für den Religionsunterricht in der Muttersprache“. Diese Schrift der Kärntner Slowenen katholischen Bekenntnisses hat zu heftigen Reaktionen auch auf deutscher katholischer Seite Kärntens geführt, und auch der überaus itenische und um Glättung aller nationalen Gegensätze bemühte Bischof Dr. Josef Köstner war über die slowenische Schrift einigermassen betrübt. In Kärnten hat der nationale slowenische Klerus eigentlich immer Kennzeichen eines überbordenden Nationalismus aufgewiesen. Man muß dazu allerdings gerechterweise sagen, daß auch auf deutschkärntnerischer Seite zur Zeit der Hochblüte des Deutschliberalismus (bis 1918) und des kirchenfeindlichen Deutschnationalismus (1920 bis 1945) die damals noch vorwiegend strenggläubigen Slowenen diskriminiert wurden und ihr Volkstod systematisch zum Zwecke der Entnationalisierung unterwandert worden ist. Damit kann aber die betrübliche Tendenz der slowenischen Denkschrift von 1966, die den katholischen Kirchenamtsträgern eine vermittelnde Rolle sehr erschwert hat, nicht gerechtfertigt werden.

Dennoch ist die jetzige Streitschrift eines katholischen Pfarrers, die sich nur teilweise als Gegenschrift (ohne kirchliche Druckerlaubnis) gegen die slowenische Denkschrift aus gibt, zu mißbilligen. Mucher übersieht, daß nur eine vornehme Auseinandersetzung Gegner zu überzeugen vermag. Er übersieht auch, daß die Slowenen in Kärnten tatsächlich auf dem Gebiete des Religionsunterrichtes in der Muttersprache manch berechtigte Forderung geltend machen, die ihnen bislang nicht erfüllt wird (im Detail hat in einer wissenschaftlich überaus gründlichen, ausführlichen Arbeit Dr. Anton Podsterner in den letzten 3 Jahreshänden des „Zbornik Koroske Slovenije“, Buenos Aires, „Boj za verski nauk v krški škofiji na Koroskem“, dies ausgeführt. Mucher tut so, als kannte er diese Schrift nicht, die in dem Organ der katholischen Slowenen „Naš tednik“, Klagenfurt, ausführlich wiedergegeben wurde). Mucher lehnt jeglichen slowenischen Religionsunterricht für die slowenischen Kinder ab, sofern ihre Eltern und Erziehungsberechtigten einen solchen Unterricht nicht ausdrücklich verlangen. Damit wird an eine in Kärnten grundlegend wichtige Frage gerührt, das sog. Elternrecht. Im allgemeinen gilt überall in Minderheitsgebieten, daß die Eltern sowohl die Religions- wie die Schulsprachzugehörigkeit der Kinder zu bestimmen haben. In Kärnten ist so etwas aber nicht gangbar, weil ein großer Teil der slowenischen Eltern unter einem starken gesellschaftlichen Druck steht, der darauf abzielt, das Slowenische entweder als kulturell minderwertig zu erklären oder als die Sprache der titokommunistischen Slowenen Jugoslawiens und daher als die Sprache der Feinde Kärntens. Der immer noch virulente Antiklerikalismus der deutschliberalen Kreise Kärntens, die in der Gesellschaftswirklichkeit unverändert in Süd- und Mittelkärnten den Ton angeben, macht es slowenischen Eltern weithin unmöglich, ohne Diskriminierung irgendeinen Religionsunterricht und eine religiöse Bindung zu pflegen, die nicht auf staatlichen Gesetzen beruht, also schon gar nicht, einen Religionsunterricht in der Muttersprache zu fordern. Das ist ein *circulus vitiosus*, aus dem herauszukommen ungemein schwer ist, da jede der Streitparteien für ihren Standpunkt Argumente vorbringen kann.

Könnte man vielleicht Wilhelm Muchers Schrift als Entgegnung noch irgendwie akzeptieren, so erweist sich dies als ungangbar, wenn er im zweiten Teil der Schrift eine antislowenische Aktion gegen die Heiligen Cyrill und Method zu starten sucht. Entgegen jeglicher Geschichtskennntnis wendet sich Mucher gegen die Auffassung, Cyrill und Method hätten, etwa in Mähren, sich um die Christianisierung der bodenständigen Slawen verdient gemacht, Cyrill sei weder romtreu noch papstreu gewesen, Cyrill und Method hätten auch keinen einzigen Slawen bekehrt. Mucher greift dann die Mönche von Niederaltich an, weil diese mit ihrem östlichen Ritus für Mißhandlungen Buße tun wollten, denen Method ausgesetzt war. Er meint, für so eine Buße sei kein Grund gewesen, denn Method sei „nur“ im üblichen Ausmaß mißhandelt worden. Ebenso sei auch der heutige Eifer der Niederalticher Mönche und anderer, der östlichen Liturgie Verständnis entgegenzubringen falsch und die Erklärungen des Bischofs von Regensburg im Sommer 1963 an die Adresse der Slawen (Versöhnungserklärung in Salzburg beim Cyrill- und Methodkongreß) sei überflüssig gewesen.

Naissance de l'Europe des régions. Bulletin du Centre Européen de la Culture, XIIe année, No. 2, Hiver 1967/68 (Genève, 122, rue de Lausanne), 80 Seiten.

Das Centre Européen de la Culture ist das Werk des Schweizer Denis de Rougemont und hat seinen Sitz auch in dessen Villa Moynier in Genf. Ehrenpräsident sind bzw. waren

Carlo Schmid, Carl Burckhardt und Robert Schuman. Das vorliegende Heft ist im besonderen dem europäischen Föderalismus gewidmet, wie er u. a. von Guy Héraud auf regionaler Grundlage angestrebt wird, ein Zeichen, daß Hérauds Ideen vielfach auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Hier interessiert besonders der Beitrag von Denis de Rougemont „Vers une fédération des régions“, wobei er mit Recht den Nationalstaatsgedanken als den Gegner Europas bezeichnet. Weitere Beiträge in dem Heft sind von Hervé Lavenir, Guy Héraud und J.-L. Quermonne. Eine umfangreiche Bibliographie und Zeitschriftenübersicht — auch „Europa Ethnica“ ist angegeben — ermöglicht weitergehende Forschung auf dem Weg zu einem regional föderierten Europa.

Mélanges à Polys Modinos: Problèmes des droits de l'homme et de l'unification européenne. Paris (A. Pedone) 1968.

In dieser Festschrift für den Stellvertretenden Generalsekretär des Europarates, Polys Modinos, der der — heute leider nicht mehr existierenden — griechischen Volksgruppe in Ägypten entstammt und 1899 in Alexandrien geboren ist, findet vor allem der Beitrag von Hermod Lannung, einem dänischen Minderheitenexperten, über „The right of minorities“ Interesse. Dieser Beitrag befaßt sich kurz mit dem Minderheitenschutz des Völkerbundes, vor allem auch dem Gutachten des StIGH zur Frage der albanischen Minderheitenschulen, sowie dem Oberschlesien-Spruch desselben Gerichtshofes, mit den Minderheitenarbeiten des Subkomitees des Wirtschaftsrates und Sozialrates der Vereinten Nationen und den Arbeiten der sogenannten Struyve-Kommission des Europarates, der auch Lannung selbst angehört hat. Internationale und quasi-völkerrechtliche Abkommen wie die deutsch-dänischen Erklärungen, das Triest-Memorandum und das Gruber-Degasperi-Abkommen über Südtirol werden ebenfalls erwähnt. Lannung wirft die Frage auf, ob der Minderheitenschutz einen Schutz der Minderheiten als Gruppen bedeutet und verneint dies für den Bereich der Europäischen Konvention, da diese nur einen Individualschutz darstelle und nicht einen solchen einer Gruppe, obwohl ihre Rechte andererseits nur in Zusammenhalt mit den anderen Mitgliedern derselben Gruppe ausgeübt werden könnten und also gruppenbezogen seien. Lannung behandelt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Art. 27 des UNO-Paktes über zivile und politische Rechte, der einem Entwurf einer ähnlichen Bestimmung durch das Subkomitee nachgebildet sei. Lannung schließt mit einem gedämpften Wunsch, daß auch der Minderheitenschutz noch ausgebaut werden möge. Der Minderheitenrechtsfachmann wird durch seinen Artikel aber nicht viel Neues erfahren. — In anderen Beiträgen in dieser Festschrift finden sich nur da und dort verstreut einige Hinweise auf den Minderheitenschutz als menschenrechtliches Problem, so in einem Beitrag von Canshof Van der Meersch in einer Abhandlung über die Menschenrechte in Belgien.

Peter H. Nelde, Flandern in der Sicht Hoffmanns von Fallersleben. Eine Untersuchung im Rahmen deutsch-flämischer Beziehungen im 19. Jahrhundert, der „Bibliotheca Belgica“, Wilrijk/Belgien (Oranje-Verlag) 1968.

Band 1 der neuen „Bibliotheca Belgica“ war ein in niederländischer Sprache geschriebenes Werk über den flämischen Nationalisten und Kulturaktivisten Lodewijk Dosfel, der vorliegende Band 2 befaßt sich mit Hoffmann von Fallersleben unter dem Gesichtspunkt seiner Beziehungen zu Flandern und zum flämischen Volksbewußtsein, dies aus der Feder eines deutschen Autors und in deutscher Sprache. Es handelt sich bereits um die 2. Auflage. Die erste hat, vor allem in Flandern, große Beachtung gefunden und war bald vergriffen. An den Beginn des Buches ist eine kurze Darstellung dessen gestellt, was man, besonders zur Zeit Hoffmanns von Fallersleben, unter „Flandern“ zu verstehen hat. Der große deutsche Dichter war mit Flandern so eng verbunden, daß er dort vielfach als ein flämischer Dichter angesehen wurde, während er selbst freilich Flandern als ein deutsches Land und die Flamen als Deutsche ansah, ein Irrtum, der von der germanischen Wesensart der Flamen mit herkommt. Das Buch enthält Briefe, die Hoffmann von Fallersleben, der Repräsentant der deutschen Freiheitsbewegung, mit führenden Persönlichkeiten der flämischen Bewegung (vor 1830) gewechselt hat. Für die historischen Beziehungen der Flamen zu den Deutschen und zugleich für die Genesis auch des heutigen belgischen Sprachenstreites ist das Buch ein wertvolles Grundlagenmaterial.

Christian Hallier, Studien der Erwin von Steinbach-Stiftung, 258 Seiten, Frankfurt/Main (Bockenheimer Landstr. 138) 1968.

Herausgegeben von Christian Hallier bringt der Stiftungsrat der Erwin von Steinbach-Stiftung, die sich mit elsässischen Problemen befaßt, in diesem Sammelband eine Reihe von Beiträgen verschiedener Autoren über vorwiegend historische elsässische Themen, z. B. „Erwin von Steinbach in der Sicht des jungen Goethe“ (Barbara Körtje), „Straßburger Emigranten

in der Reichsstadt Eßlingen um 1700“ (Ostr. Eduard Haug), „Albert Schweitzer als Theologe“ (D. Martin Schmidt) u. a. m. Ein heutiges Elsaß-Thema behandelt Paul J. Hartmann mit „Das Elsaß im gemeinsamen Markt“. Kein einziger der Beitragsverfasser lebt im Elsaß, alle haben ihren Wohnsitz in der BRD, was erneut zu bestätigen scheint, wie sehr das elsässische Volksbewußtsein im Frankreich De Gaulle's geschwunden ist. Vielleicht könnte es der Stiftung aber doch gelingen, in Zukunft auch Elsässer mit Wohnsitz im Elsaß als Mitarbeiter zu gewinnen, um nicht als Emigranteninstitution ins Zielwetz zu geraten.

Roberto Bernhard, Alemannisch-welsche Sprachsorgen und Kulturfragen. Schriften des Deutschschweizerischen Sprachvereins Nr. 3. Verlag Huber, Frauenfeld, 1968, 47 Seiten.

Der Deutschschweizerische Sprachverein ist in geradezu vorbildlicher Weise darum bemüht, das deutsche Sprachgut zu pflegen und zu erhalten, für besten deutschen Sprachausdruck in Presse und Literatur wie auch im täglichen Leben zu sorgen und auch die Mundart, die ja die unerschöpfliche Quelle der Erneuerung für die Hochsprache ist, gelten zu lassen. Paul Zinsli, der soeben ein schönes Buch über die Walsen herausgebracht hat, ist der Verfasser des ersten Hefes der Schriftenreihe des Deutschschweizerischen Sprachvereins („Vom Werden und Wesen der mehrsprachigen Schweiz“), das ebenso wie die folgenden Hefte größte Beachtung gefunden hat. Das nunmehr vorgelegte Heft weist auch Beiträge von Friedrich Dürrenmatt und Alfred Richli auf. Grundgedanke der Schrift ist, herauszuarbeiten, welch tiefer Graben in der Schweiz die Französisch-Schweizer (die durchwegs, ohne den sonst im deutschen Sprachraum üblichen abschätzigen Beigeschmack „die Welschen“ genannt werden) von den Deutschschweizern deshalb trennt, weil der Welschschweizer völlig nach Paris hin orientiert ist, selbst keine Mundart (mehr) hat und eine solche ablehnen würde und mit der deutschen Sprache, die ihm an und für sich schon minderwertig vorkommt, nur in der Erscheinung der von ihm total verachteten alemannischen Mundart in Berührung tritt. Obwohl die Deutschschweizer bis zur Selbsterniedrigung auf den Gebrauch ihrer Muttersprache verzichten, wenn sie in einer größeren Gesellschaft es auch nur mit einem einzigen Teilnehmer französischer Sprachzugehörigkeit zu tun haben und auch sonst immer und überall nachgeben, wenn es um das Zusammenleben mit den Suisses romands geht, nützt das alles nichts. So entstehen große alemannisch-welsche Sprachsorgen. Wie diese Sprachsorgen beseitigt werden könnten, sagt Bernhard allerdings nicht. Denn so vorzugehen wie Dürrenmatt, der sich in seinem Beitrag ganz zu seinem angestammten Berrn-deutsch bekennt und den Kontakt mit den Welschschweizern einschränkt, dürfte ja auch keine Lösung des Problems sein. Vermutlich hat der schweizerische Sprachterritorialismus auch seine Nachteile. Besonders erfreulich ist an der Schrift das unbedingte Bekenntnis zur Mundart, die überall im deutschen Sprachraum das eigentlich Lebendige ist. Schade, daß man im französischen Sprachbereich so ganz auf den Formalismus der geschriebenen und nicht der gesprochenen Sprache Wert legt.

Joseph Delmelle, L'expansion wallonne hors d'Europe, No 13 de la collection „Connaître la Wallonie“, Gilly (éd. de I. S. D.), 42, chaussée de Châtelet, 1968.

Cette brochure, fort intéressante, s'occupe des colonies wallonnes en dehors de la Belgique d'aujourd'hui, par exemple dans le Hainaut au-delà de l'actuelle frontière d'Etat et à New-York dont la fondation est due aussi à la participation de Wallons guidés par Jesse de Forest.

Angelo Filipuzzi, La campagna del 1866 nei documenti militari austriaci. Le operazioni terrestri, 465 Seiten kart., Padova (Primo centenario dell'annessione del Veneto al Regno d'Italia) 1966.

Einem Buch desselben angesehenen Autors, Professors an der Universität Padua, die sich die Geschichte Österreich-Ungarns wie heute auch die Lehre slawischer Sprachen besonders angelegen sein läßt, über die 1866er Kämpfe zur See folgt mit diesem umfangreichen Werk auch eine Geschichte der Kämpfe zwischen Österreich (das damals noch keineswegs Österreich-Ungarn hieß) und dem jungen Königreich Italien. Der Verfasser, ein jüngerer italienischer Historiker, hat sehr lange in den Wiener Archiven, vor allem auch im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in den letzten Jahren Akten- und Urkundenforschung betrieben, wobei er auch auf einige Dokumente gestoßen ist, die vom Standpunkt einer gerechten Ordnung zwischen Mehrheits- und Minderheitsvölkern dem alten Österreich kein sehr gutes Zeugnis ausstellen (vor allem eine Erklärung des Kaisers Franz Joseph gegen die italienische Nationalität). Filipuzzi hat in diesem Werk das vorwiegend nur aus Militärdokumente durchgeführte, abgedruckt und ein wenig auch kommentiert, doch handelt es sich zweifellos auch um Dokumente, die die Nationalitätenpolitik und die Haltung der Nationalitäten im damaligen

gen Habsburgerstaat anschaulich machen. Daß *Filippuzzi* dabei sich vor allem den Italienern in der österreichischen Monarchie zuwendet, ist einerseits vom Thema her begründet, andererseits ergibt es sich von der Person des Verfassers her. Jedenfalls hat er dabei aber nichts übersehen, was für Österreich spricht, so wenig er außeracht läßt, was die österreichische Nationalitätenpolitik ungünstig dastehen läßt. Von besonderer Bedeutung ist wohl ein Promemoria des Brigadekommandanten Generalmajor Carl Mörig über eine Mission in Venedig vom 22. Dezember 1866, in welcher die ganze Tragik, aber auch die Schwierigkeit zum Ausdruck kommt, der sich Österreich bei der Meisterung seiner ganzen Nationalitätenprobleme (nicht nur der italienischen) gegenüber sah. Daß dabei Österreichs Situation in Deutschland (Deutscher Bund) im Vordergrund stand, hat Mörig wohl erkannt. Man kann *Filippuzzi's* Buch auch als einen Beitrag zur Geschichte des Nationalitätenproblems zwischen Österreich und Italien ansehen und zwar als einen sehr wertvollen. Es ist eine Freude, feststellen zu können, daß ein Italiener dieses prachtvolle Werk sine ira et studio verfaßte.

Claus Gatterer, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, 1478 Seiten, Europa Verlag, Wien, 1968, S. 420.—

Claus Gatterer ist selbst Südtiroler, gilt als Sozialdemokrat und hat ein ebenfalls im Europa Verlag erschienenenes, viel Aufsehen erregendes Buch über und für Cesare Battisti und mit ziemlich heftigen Akzenten gegen das alte Österreich herausgebracht. Er macht sich seine Arbeit nicht leicht und das vorliegende monumentale Werk muß die Frucht jahrelanger Vorarbeit sein. Sein Buch ist vom Willen zur Objektivität getragen, der um so mehr anzuerkennen ist, als es nicht leicht ist, in Österreich auch Verständnis für italienische Standpunkte anzustreben, so wie es gewiß nicht leicht ist, in Italien Verständnis für einen Minderheitenschutz zu wecken. Gatterer wird mit diesem Buch wahrscheinlich auf beiden Seiten Gegner finden, aber das ist ein Schicksal, das im Bereich der Nationalstaatsideen und an den Grenzen nationalistisch orientierter Völker und Volksgruppen jedem zuteil wird, der nicht in Schwarz-Weiß-Manier zu arbeiten gewillt ist. Gatterer unternimmt es in diesem Werk, den italienischen Nationalismus, der zu einem Kampf vieler gegen Rom in unserer Zeit geführt hat, zu durchleuchten und gewiß auch anzuprangern. Daß ihm dabei Nationalismus und Faschismus enge Verwandte sind, ist durchaus verständlich und zu bejahen, ob aber die italienischen Sozialdemokraten deshalb schon minderheitenfeindliche Europäer sind oder waren, muß füglich bezweifelt werden. Allerdings übersieht Gatterer nicht die nationalistischen Tendenzen der frühen Zeiten des sozialdemokratischen Mussolini („Linker Präfaschismus“, S. 231). Was an dem Buch so sehr in Erstaunen setzt, ist die klare Übersicht über eine Materialfülle mit umfassender kritischer Verarbeitung. Nichts fehlt hier, nicht die Irredenta-Tätigkeit gewisser istrischer Flüchtlingsorganisationen im heutigen italienischen Saatsgebiet, nicht die Problematik des Londoner Triestmemorandums von 1954 und der darauf gestützten italienisch-jugoslawischen Minderheitenverhandlungen, nicht eine gewisse Sterilität innerhalb der heutigen Südtiroler Volksgruppenpolitik, nicht der „Aufbau“-Putsch, nicht die Untergangsanst der Italiener in Südtirol, nicht die Politik der Slowenen in der Slovenia Veneta (Prov. Udine), mag dabei auch nicht alles verarbeitet sein, was dazu noch zu sagen wäre (es fehlten die dichiarazioni congiunte der beiderseitigen Minderheiten-Dachverbände über die Natisone-Slowenen). Gatterer hat hier dem internationalen Minderheitenrecht einen großen Dienst erwiesen, er hat aber auch aufgezeigt, daß der bis heute virulente italienische Faschismus (MSI) zu den unheimlichsten Gefahren für ein friedvolles Zusammenleben der Menschheit in diesem Teil Europas gehört.

Gesamtrezensent Dr. Theodor Veiter

The editor cannot be held responsible for the correctness of the wording of individual articles, for which their authors have to assume full and sole responsibility.

(The Editorship)

L'éditeur ne peut être rendu responsable de la correction de la langue ni de la teneur des articles, dont les auteurs portent seuls l'entière responsabilité.

(La rédaction)

Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen, Band V:

Asylrecht als Menschenrecht

Flüchtlingsfragen im Weltjahr der Menschenrechte

Unter Patronanz der Fürst Franz Josef von Liechtenstein-Stiftung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Theodor Veiter

Wissenschaftlicher Generalsekretär AWR

VIII und 165 Seiten, broschiert, DM 26,—

Inhalt:

- Roland Seeger: Das Asylrecht als Menschenrecht
 Eberhard Jahn: Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet des Flüchtlingsrechts
 Ernesto Lapenna: Quelques observations sur le droit d'asile dans le droit international général et conventionnel
 Bruno Henri Coursier: L'AWR et le droit d'asile
 Manlio Udina: Derniers développements dans le domaine de la protection internationale des réfugiés
 Theodor Veiter: Menschenrechte, Menschenrechtskonventionen und Flüchtlingsrecht im Weltjahr der Menschenrechte
 Arthur Emsheimer: Asylrecht zwischen Gestern und Morgen
 Helfried Pfeifer: Das Asylrecht in Österreich
 Werner Kägi: Unsere Verpflichtung im „Jahr der Menschenrechte“
 Friedrich Käss: Zeitbedarf und Zeitablauf bei der Integration und Asylgewährung in der Bundesrepublik Deutschland
 Zahlreiche Materialien, Mitarbeiterverzeichnis, Abkürzungsverzeichnis!

WILHELM BRAUMÜLLER GES. M. B. H.
 1092 WIEN 7 STUTTGART





WILHELM BRAUMÜLLER

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.

A-1092 WIEN
D-7 STUTTGART

BRINGT IN DER REIHE ETHNOS EIN NEUES STANDARDWERK:

Handbuch der europäischen Volksgruppen

Im Auftrage der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen
unter ihrem Generalsekretär Povl Skadegård,
bearbeitet von Manfred Straka

Ca. 550 Seiten, 2 Karten, Im Druck!

Über ein Menschenalter ist vergangen seit dem Erscheinen des Werkes „Die Nationalitäten in den Staaten Europas“, wie sich die Sammlung von Lageberichten des Europäischen Nationalitätenkongresses, herausgegeben von dessen Generalsekretär Dr. Ewald Ammende, nannte. Ein Menschenalter, in dem Europa nicht nur von den schwersten Erschütterungen und staatlichen Veränderungen heimgesucht wurde, in dem sich auch Bestand und Lebensbedingungen der meisten europäischen Volksgruppen grundlegend geändert haben. Es entsprach daher einem dringenden Bedürfnis, wenn der Zentralausschuß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) auf seiner Tagung in Graz im Herbst 1965 die Herausgabe des vorliegenden Handbuches der europäischen Volksgruppen beschloß. Die Verantwortung für die Herausgabe wurde dem Generalsekretär der FUEV, Herrn Ministerialdirektor Dr. Povl Skadegård, Kopenhagen, die Gesamtedaktion Herrn Prof. Dr. phil. habil. Manfred Straka, Graz, übertragen.

Grundsätzlich sollten die Beiträge dieses Werkes von den betreffenden Volksgruppen selbst verfaßt werden. Hiefür wurde ein Kreis namhafter Wissenschaftler herangezogen, der den Volksgruppen und der Redaktion beratend zur Seite stand. In Unterschied zu dem Buch des ehemaligen Europäischen Nationalitätenkongresses sind im vorliegenden Handbuch neben den sogenannten nationalen Minderheiten auch jene volklichen Gemeinschaften erfaßt, die als Volksgruppen im engeren Sinne bezeichnet werden, wie Basken, Bretonen, Ladinern, Samen, Aromunen u. v. a.

Daß sich die Volksgruppen Europas fast ausnahmslos bereitwillig in den Dienst dieser gemeinsamen Sache gestellt haben, darf als ermutigend bezeichnet werden.

Alle Leser der Zeitschrift „Europa Ethnica“ sollten dieses umfassende Handbuch in ihrer Bibliothek als ständiges Nachschlagewerk besitzen!

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1090-Wien
P. b. b.